

Natürliche Rezession

GUSTL



ipw

Editorial

Erratum

In der letzten Ausgabe von Politix ist uns leider ein dummer Fehler passiert. Im Beitrag *Taiwan im Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaft* von Doris Mak-Kovacs kam im Verlauf des Artikels Lee Teng-huis Familienname abhanden – übrig blieb nur noch Teng-hui. Wir möchten uns daher bei der Autorin und LeserInnenschaft entschuldigen und geloben zukünftig Besserung.

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Therese Fuchs und Luise Luksch

Redaktionsteam: Richard Bernato, Therese Fuchs, Luise Luksch, Stefan Marx, Tina Olteanu, Meropi Tzanetakakis, Maximilian Wollner, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Layout&Cover, Konzept und Realisation des Re-Stylings: Richard Bernato (richard@aerosol.cc)

Comic-Strip „Gustl“: Mit freundlicher Genehmigung von Thomas Kriebaum (www.derkriebaum.at); erschienen in Augustin, Ausgabe 237, 10/2008

Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Die Rezession als Krise des Kapitalismus ist über die Sphäre der Ökonomie hinaus ein eminent politisches Problem, das sich aktuell auch in Form von Lebensmittelkrisen bemerkbar macht. Die Natürlichkeit von Naturkreisläufen ordnet sich in der modernen Gesellschaft weitgehend den Produktivkräften unter und zerstört so zunehmend die Kapazitäten natürlicher Nahrungskreisläufe, lokal distributive Ausgleichsleistungen für die steigenden Bevölkerungszahlen zu schaffen. Das Dilemma einer technischen Effizienz, der die Lebensmittelindustrie den Vorrang vor einer ökologischen Effizienz einräumt, treibt diese scheinbar natürliche Rezession der Nahrungsmittelindustrie auf eine Depression von gefährlichem Ausmaß zu. Die Naturgesetzlichkeit dieser Entwicklung soll hier hinterfragt werden.

So zeigt Dorit Fischer in ihrem Artikel die (keineswegs natürlichen) Mechanismen auf, die die Ernährungskrise verursachen und Katharina Hammler problematisiert das fehlende politische Bewusstsein von AkteurInnen des Finanzmarktes. Alexandra Strickner geht außerdem auch auf die Rolle der Nahrungsmittelindustrie ein, die ihrer Meinung nach die Nahrungsmittelkrise mitverursacht hat. Andreas Grünwald behandelt den zutiefst politischen, umkämpften Aspekt des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur theoretisch und am Beispiel des Biodiesels. Alexander Öze und Philipp Stanzel tun ähnliches in ihrem Artikel über die Nutzung und Verteilung von Wasser.

Ein Bericht über die UN-Verhandlungen im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) im Mai 2008, ein Interview mit Landwirten,

die nach streng biologischen Kriterien und vegan wirtschaften, einige kritische Essays sowie ein Interview mit dem Umweltsprecher der Wiener Grünen Rüdiger Maresch erweitern den Themenschwerpunkt.

Darüber hinaus sind wir auch ein klein wenig eitel und wollen nicht nur inhaltlich sondern auch optisch am Puls der Zeit bleiben. Politix hat daher eine neue Garderobe bekommen und zeigt sich in neuem Layout.

Wir hoffen dem heute allgegenwärtigen Thema einige neue Aspekte hinzugefügt zu haben. Eine spannende Lektüre und Anstoß für Diskussion wünscht

die Redaktion

NATÜRLICHE REZESSION

In dieser Ausgabe:

Seite 6	Schwerpunkt Denn sie wissen nicht, was sie tun ... Von überschätzten FinanzmarktexpertInnen und der unterschätzten Politik Katharina Hammler	Seite 32	Aktuell/Intern Die Natur und die Absicht des Dirigenten Stefan Marx
Seite 10	Alles total bio? Kapitalistische Inwertsetzung von Natur und deren soziale Konsequenzen Andreas Grünewald	Seite 33	Gestatten? Markus und Nicola! Maximilian Wollner
Seite 13	Die Explosion der Lebensmittelpreise – ein profitables Geschäft Alexandra Strickner	Seite 34	textfeld.ac.at: Wissenschaft 2.0? Maximilian Wollner
Seite 16	Das Gespenst des Hungers – über Ursachen der Ernährungskrise und Auswege Dorit Fischer	Seite 35	Nicht primär theologische Fragen, sondern auch gesellschaftliche und politische Ein Interview mit Sadiq Jalal al-Azm Thomas Schmidinger
Seite 22	Wie viel Wasser wollen wir essen? Alexander Öze/Philipp Stanzel	Seite 37	How to: Auslandsaufenthalt am Balkan Maximilian Eichinger/Harald Reiweger/Kathrin Jurkat
Seite 25	Die Banalität des Bösen Alice Vadrot	Seite 39	Erfahrungsbericht zum Bachelorstudium Manuel Schweizer
Seite 26	„Hühnerwahnsinn“, Vogelgrippe, Chlorhühner und ein Markt in Kamerun – vom „glücklichen“ Huhn zum Parade-Tier der industrialisierten Landwirtschaft und des globalen Lebensmittelhandels Gerti Zupanich	Seite 40	Das System verstehen – Über den Versuch, sich im Bachelorstudium zurechtzufinden. Kathi Wilding
Seite 27	Biolandwirte im Interview Therese Fuchs	Seite 41	Rezensionen Alicia Allgäuer Der globalisierte Handel mit der „Ware Frau“
Seite 28	„Energieverknappung, steigende Öl- bzw. Benzinpreise“ Ein Interview mit dem Umweltsprecher der Wiener Grünen Gerti Zupanich	Seite 41	Stefan Marx Vom selben Schlag ... Migration und Integration im niederösterreichischen Industrieviertel
Seite 30	Adjektive und Mehrwert – was BILLA, Mode und das Welt-Café gemeinsam haben Richard Bernato	Seite 42	Ewa Agata Dziedzic/Meropi Tzanetakis Eine notwendige Fußball-Invasion. Legionäre am Ball
		Seite 43	Stefan Marx Performance. Politik. Gender. Materialienband zum internationalen Künstlerinnenfestival ‚her position in transition‘

Denn sie wissen nicht, was sie tun ...

Von überschätzten FinanzmarktexpertInnen und der unterschätzten Politik

von Katharina Hammler

Studentin der Sozioökonomie und Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie am ipw.

Wenn man unbekannte Variablen miteinander kombiniert, erhält man notwendiger Weise ein Ergebnis, das keinerlei Aussagekraft besitzt“, schrieb der bekannte und einflussreiche Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith einmal über sein eigenes Fach (Galbraith 2004). Wirtschaft im Allgemeinen und Finanzmärkte im Besonderen haben die unangenehme Eigenschaft, das menschliche Planungs-, Ordnungs- und Steuerungsbedürfnis schlicht zu überfordern, da die Fülle der Einflussfaktoren dermaßen gewaltig ist, dass kein wissenschaftliches Modell ernsthaft den Anspruch stellen kann, zuverlässige Vorherzusagen treffen, geschweige denn qualifizierte Empfehlungen liefern zu können. Die wahre Tragik liegt dabei darin, dass gerade so genannte ExpertInnen meist „keine Ahnung von ihrer Ahnungslosigkeit“ (ebd.) haben.

Dieses Essay vertritt die These, dass die Finanzmärkte ihrer Eigenschaft als komplexe Systeme entsprechend in ihrer Logik und Entwicklung de facto nicht erklärbar sind. In einem weiteren Schritt bedeutet dies, dass auch Einfluss und Wirkungen politischer Maßnahmen

nicht bestimmt werden können. Dieses Essay vertritt jedoch dezidiert nicht die These, dass der Staat sich deshalb aus den Finanzmärkten zurückziehen sollte – vielmehr kommt er zum Schluss, dass ein „starker Staat“ notwendig ist, um unerwünschte Feedback-Schleifen zwischen Finanzmärkten und Gesellschaft zu minimieren.

Die grundlegende Frage, ob ein Kreislauf zwischen Finanzmärkten und der Politik als solcher überhaupt existiert, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden – der Hinweis darauf, dass auf jeden Fall politisch sein muss, was mit realen Machtverhältnissen zu tun hat, dass Finanzmärkte gemeinhin als lebenswichtige Krücke moderner Volkswirtschaften gesehen werden, deren politische Dimension gewiss außer Frage steht, und nicht zuletzt, dass die personellen Verflechtungen zwischen Akteuren am politischen Parkett und am Finanzmarkt erheblich sind, sollte jeden Zweifel darüber zerstreuen.

Finanzmärkte und Entwicklungspolitik

Wie alle Sozialwissenschaften steht auch die Wirtschaftswissenschaft vor dem grundlegenden Problem, dass laborartige Versuchsanordnungen quasi unmöglich sind. Zur Untersuchung der Finanzmärkte werden daher gerne „Entwicklungsländer“ herangezogen

– hier kann analysiert werden, wie Finanzmärkte auf politische Entscheidungen und Maßnahmen reagieren. So die Theorie – doch wirtschaftliche Entwicklung ist eines der ideologisch am meisten aufgeladenen Themen der politischen Ökonomie. Ursachen-Wirkungsketten lassen sich nur sehr bedingt konstruieren, Ergebnisse treten mit gewaltigen Verzögerungen ein – oder auch in Bereichen, in denen sie nicht erwartet worden wären. Kaum jemand wird bestreiten, dass funktionierende (!) Kapitalmärkte zentral für eine gesunde (Markt-) Wirtschaft sind. Die Henne oder Ei-Frage der Entwicklungsökonomie ist jedoch jene, ob funktionierende Finanzmärkte die Voraussetzung für (wirtschaftliche) Entwicklung oder ob (wirtschaftliche) Entwicklung die Voraussetzung für funktionierende Finanzmärkte sind (vgl. Ocampo 2005). Es ist dies keine bloß theoretische Frage, die nur hinter ehrwürdigen Universitätsmauern diskutiert wird, sondern es ist eine Frage, die das Leben von Millionen Menschen direkt beeinflusst: so war (ist?) es wichtiger Bestandteil des „Washington Consensus“, dass Finanzmärkte liberalisiert und die Barrieren für ausländische Direktinvestitionen (ADI) verringert werden müssen, um den Prozess der Entwicklung vorantreiben zu können – und so beeinflusst dieses Credo spätestens seit den 1980er Jahren die Wirtschaftspolitik jener Länder, die unter dem Einfluss der großen

Washington-basierten Institutionen IWF und Weltbank stehen.

Mit welchem Erfolg? KritikerInnen von IWF und Weltbank deuten gerne auf die mangelnden Erfolge des Maßnahmenkataloges aus Washington hin. Finanzkrisen wie jene von Argentinien 2001/02, die unzählige Menschen in die Armut stürzen, während (ausländische) InvestorInnen durch kurzfristige Kredite der International Financial Institutions (IFIs) an die Regierungen ihr Kapital mit Gewinn wieder abziehen, zeugen davon, dass diese KritikerInnen Recht haben (vgl. dazu Blustein 2005). Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit: ein Blick auf Länder, die die Hilfe der IFIs nicht in Anspruch genommen haben, zeigt, dass sich auch hier nicht immer ein besseres Bild bietet. Sicher, einige Ausnahmeländer wie etwa Korea haben es geschafft, aus eigenem Antrieb heraus (d. h. vor allem durch Protektionismus) voll funktionsfähige Finanzmärkte aufzubauen und wirtschaftlich an die reichen Ländern anzuschließen. Doch auch im Musterland Korea zahlte die Bevölkerung einen Preis für diese Errungenschaft, nämlich jenen der politischen Unterdrückung; und die Anwendung des selben Rezeptes in anderen Ländern brachte nur mäßige Erfolge (2) (vgl. Hirsch 2005). Ohne hier noch auf weitere Länderbeispiele eingehen zu können, sei zusammenfassend angemerkt: der Zusammenhang zwischen verschiedenen Bemühungen, Finanzmärkte und damit eine stabile Wirtschaft aufzubauen, und den tatsächlichen Erfolgen ist denkbar schwach. Je nachdem, für welche Position – Finanzmärkte als Voraussetzung für Entwicklung oder umgekehrt – Argumente gesucht werden: quae volumus, credimus libenter. Die jeweilige Literatur reicht aus, um ganze Bücherregale zu füllen.

Finanzmärkte in „Industrieländern“

Wie die letzten Monate gezeigt haben, müssen wir jedoch nicht ins Ausland blicken um uns unser Unwissen über das Funktionieren der Finanzmärkte vor Augen zu führen. Die weltweiten Finanzmärkte befinden sich in einer Krise, die ihren Ursprung im Immobilienmarkt der USA hat. Wie aber können die Hauspreise in Chicago oder Phoenix einen realen Einfluss auf Arbeitslosigkeit oder Zinssätze in Österreich haben? Und vor allem: Was hat die Politik damit zu tun?

Die Frage ist nicht einfach zu beantworten, da die Wirkungsketten auf mehr Wegen laufen können, als dies im ersten Moment vermutet werden könnte. Ein wichtiger Weg für die aktuelle Situation ist jener über die Finanzmärkte, genauer gesagt über komplizierte, sehr junge Besicherungsinstrumente wie etwa die „Asset Backed Securities“ (ABS) oder konkreter über „Collateralised Debt Obligations“ (CDOs) (vgl. Birmili 2007). Dabei fassen Banken oder andere Finanzinstitute ihre Hypotheken in Pakete zusammen, die sie dann an speziell für diesen Zweck eingerichtete Gesellschaften („Special Purpose Vehicles“ (SPVs)) verkaufen. Diese SPVs teilen die CDOs in mehrere Risikoklassen („Tranchen“) ein, die dann an InvestorInnen (unter anderem auch Banken) verkauft werden – je höher die Risikoklasse, desto höher der zu erwartende Cashflow, desto höher aber auch das Ausfallrisiko. Genau hier liegt aber der Haken: auf dieser Stufe sind die Finanzinstrumente schon so weit von den ursprünglichen Hypotheken entfernt, dass es quasi unmöglich ist, das tatsächliche Risiko abzuschätzen, das einer Tranche innewohnt. Es wurde systematisch unterschätzt.

Ist diese Konstruktion einmal bekannt, wird auch klar, dass fallende Hauspreise in den USA die Finanzmärkte in Österreich stark beeinflussen können: mit dem Fall der Hauspreise sinkt auch die Bonität der Hypotheken, da sich die Relation aus Wert der Besicherungen und Summe der ausstehenden Kredite verschlechtert. Ausfallende Kredite bedeuten einen geringeren Cashflow, wodurch das Vermögen derjenigen InvestorInnen, die am anderen Ende der Kette die Hypotheken in ihrem Portfolio haben, sinkt. Ist einer dieser InvestorInnen beispielsweise eine österreichische Bank, so muss auch diese Verluste verbuchen – und zwar mehr als ihre Risikoeinschätzungen vermuten hätten lassen; geht es mehreren Banken so, ist die Finanzmarktkrise perfekt.

Diese vereinfachte Darstellung beschreibt zwar nur einen kleinen Teil der Finanzmärkte, gibt aber auch schon Hinweise auf die Rolle der Politik. Diese soll, den meisten MarktteilnehmerInnen zufolge, möglichst gering sein, damit die Kräfte des freien Marktes reibungslos wirken können. Der Staat soll zwar einen gesetzlichen Rahmen schaffen, um die Transaktionen zu unterstützen – als „Gegenleistung“ erhält er dafür eine besser funktionierende Realwirtschaft, in der sich die Unternehmen auf tieferen Finanzmärkten zu besseren Konditionen finanzieren können; das mit geringerer staatlicher Regulierung einhergehende höhere Risiko wird als notwendiges Übel gesehen. Man kann hier wohl mit Fug und Recht davon sprechen, dass der ideale Kreislauf zwischen Finanzmärkten und Staat als sehr einseitig angesehen wird. Das Gefühl, dass die Einseitigkeit dieses Kreislaufes nicht wünschenswert sein kann und dass der Staat wieder eine größere Rolle auf den Finanzmärkten spielen sollte, beschleicht aber nicht nur „ewig Linke“. Aufhorchen ließ beispielsweise der Vorstandsvorsitzende

der Deutschen Bank, Josef Ackermann, im März dieses Jahres: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte“ (Die Welt 2008). Gefragt sei der Staat, der den krisengebeutelten Banken unter die Arme greifen müsse. Auch wenn er sich kurz nach seinen Aufsehen erregenden Aussagen bemühte zu erklären, dass alles ganz anders gemeint gewesen sei und im Kontext gesehen werden müsse, bleibt dieser Satz ein bemerkenswertes Symbol für die Zweifel, die sich über die derzeitige Funktion der Finanzmärkte ausbreiten.

Grundsätzlich sind Finanzmärkte eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Realwirtschaft, da sie Kapital zur Verfügung stellen und das Risiko von risikoscheuen auf risikofreudige InvestorInnen umwälzen. Funktionierende Finanzmärkte tragen also zur Stabilität bei. Was jedoch tatsächlich passiert, formulierte der Nobelpreisträger Robert M. Solow in einem kürzlich geführten Interview wie folgt: „Das Finanzsystem hat sich von seiner ursprünglichen Funktion gelöst. [...Es] hat begonnen, unnötiges Risiko aufzubauen. [...] Doch dieses Risiko hat nichts mehr mit dem realen Geschäftsrisiko zu tun.“ (Profil 2008, S. 54). Die Banken würden ihre eigenen Bilanzen nicht mehr verstehen und sich deshalb gegenseitig schlicht nicht mehr vertrauen; dies lässt die Risikoaufschläge und damit die Zinsen steigen und wirkt sich negativ auf die produzierende Wirtschaft aus.

Was ist die Folgerung daraus? Der Staat – bzw. die internationale Staatengemeinschaft – muss wieder eine stärkere Rolle auf den Finanzmärkten spielen, um jene Wirkungseinbahn zu vermeiden, in der der Staat nur im Krisenfall großen Finanzinstitutionen helfen soll – in der also Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden. Schon kleine, aber gezielte Eingriffe können helfen, die Finanzmärkte wieder gleichberechtigt in die Volkswirtschaften einzugliedern. Im oben konkret genannten Beispiel der

CDOs könnten die SPVs beispielsweise dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz aus jener Tranche mit dem höchsten Risiko im eigenen Portfolio zu behalten. Damit wären sie eher motiviert, das tatsächliche Risiko festzustellen, das ihren Produkten innewohnt. Die Erfahrung zeigt, dass die AkteurInnen auf den Finanzmärkten in der Regel nicht in erster Linie verantwortungsvoll dem allgemeinen Interesse gegenüber handeln, sondern vor allem ihre Renditen steigern wollen, und dass dabei die Nebenwirkungen oft falsch eingeschätzt bzw. überhaupt nicht erkannt werden. Daher ist es wichtig, starke Finanzmarktaufsichtsbehörden einzurichten, die schon regulierend eingreifen, bevor es zu Krisen wie der aktuellen kommen kann. Gerade weil nicht abgeschätzt werden kann, in welche Richtung sich die Finanzmärkte entwickeln werden und wie seine neuen Instrumente funktionieren werden, muss der Staat ein wachsames Auge auf diesen sensiblen Bereich der Wirtschaft haben.

Finanzmärkte, Nahrungsmittel und Politik

Als letztes Beispiel sollen hier noch die Nahrungsmittelmärkte angeschnitten werden. Auch diese haben sich unter dem Einfluss der Finanzmärkte verändert – auf so genannten Terminmärkten werden heute die meisten Nahrungsmittel schon gehandelt, bevor sie überhaupt produziert sind. Die entsprechenden Finanzinstrumente heißen allgemein Futures oder Optionen (vgl. Geyer et. al. 2006) und sind grob gesagt Verträge, die den Preis festsetzen, zu dem zu einem festgelegten Zeitpunkt in der Zukunft eine bestimmte Menge eines Gutes gehandelt wird. Dies ist der Theorie nach erstens eine große Erleichterung für die ProduzentInnen, da sie ihre Einnahmen schon frühzeitig kalkulieren und danach handeln können, und kann zweitens als Frühwarnmechanismus dienen, um

zukünftige Nahrungsmittelknappheiten anzuzeigen und zu vermeiden – wenn der Preis für ein bestimmtes Gut steigt, wird auch mehr davon produziert werden.

Bekanntermaßen sind nun im letzten Jahr die Preise für Grundnahrungsmittel explodiert und haben zu Hungerkatastrophen in unterschiedlichen Teilen der Erde geführt – was sofort eine Diskussion über die Ursachen dieses rasanten Preisanstieges geführt hat (vgl. Economist 2008). Meist wird die „Schuld“ einer Mischung aus dem gestiegenen Verbrauch (Indien, China, erneuerbare Energien), ungünstigen klimatischen Bedingungen und nicht zuletzt nach Renditen geifernden FinanzinvestorInnen zugeschrieben. Letztere haben, so die These, durch ihre Spekulationen nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Preise künstlich in die Höhe zu treiben und sind damit für den Hungertod unschuldiger Menschen verantwortlich zu machen. Was zuerst einleuchtend klingt, muss bei näherer Betrachtung ein wenig relativiert werden. Es stimmt zwar, dass die zusätzliche Nachfrage der SpekulantInnen die Preise der Futures und Optionen in die Höhe treibt – aber diese Preise haben nur bedingt mit jenem Preis zu tun, zu dem etwa Getreide dann tatsächlich verkauft wird. Der Preis eines Futures ist nämlich nicht rein der vereinbarte (Ver-)Kaufspreis, sondern beinhaltet Auf- oder Abschläge für veränderte Marktbedingungen wie Zinssätze, neue Einschätzungen des zukünftigen Spot-Preises (d. h. des Preises, zu dem ein Gut direkt, jetzt gekauft wird) u. v. m. Es ist also ein künstlicher, marktbestimmter Preis, vergleichbar mit den Kursen am Aktienmarkt, die auch nur sehr bedingt den tatsächlichen Wert eines Unternehmens ausdrücken.

Möglich ist also theoretisch, dass ein InvestorIn für das Recht, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Tonne Weizen um € 200 zu kaufen, € 10 bezahlt; wenn eine Tonne Weizen zum abgemachten Zeitpunkt dann am Spot-Markt € 300 kostet, hat sie € 90 Gewinn

gemacht. Sie hat also darauf gewettet, dass der eigentliche Preis am Spot-Markt € 210 oder mehr betragen wird. Wenn viele InvestorInnen dasselbe denken, wird das Recht, um € 200 Weizen kaufen zu dürfen, teurer werden – der Preis für dieses Future steigt also an. Dies muss aber, und das ist die oben kurz dargestellte These, nicht zwingend im tatsächlichen Zusammenhang mit dem Spot-Preis stehen, sondern kann rein mit den Befindlichkeiten der SpekulantInnen zu tun haben; der Preis wird also künstlich in die Höhe getrieben. Dieses Argument hinkt jedoch an einem wichtigen Punkt: Der künstlich in die Höhe getriebene Preis ist eben nicht der Spot-Preis. Was sollte der/die oben genannte InvestorIn mit ihrem Weizen tun, außer ihn weiterzuverkaufen? Wenn er/sie rein auf finanziellen Gewinn spekuliert, wird er/sie den Weizen dann real an jene Person verkaufen müssen, die tatsächlich Interesse am Weizen hat, sonst würde dieser schnell verderben; der Preis, der sich aus Angebot und Nachfrage bildet, ist genau jener, der auch ohne den/die SpekulantIn als Zwischenglied gegolten hätte (3).

Beide Argumente klingen in sich logisch; der Punkt dieses Essays ist vor allem der, dass niemand wirklich weiß, ob nun Menschen wegen Spekulationen auf Nahrungsmittelpreise verhungern müssen oder nicht. Die Frage, welche politischen Maßnahmen längerfristig den besseren Schutz gegen zukünftige Nahrungsmittelknappheiten bieten (also eher eine protektionistische oder eher eine wirtschaftsliberale Politik) ist ebenso ideologisch geladen wie unlösbar. Moralisch scheint es in dieser Situation jedoch besser vertretbar, die Möglichkeiten, mit lebensnotwendigen Gütern zu spekulieren, einzuschränken. Staaten, die immer wieder Probleme mit der Grundversorgung ihrer Bevölkerung haben, durch internationale Handelsabkommen zu verbieten, die Kräfte der Finanzmärkte zu drosseln wenn sie dies für nötig erachten, ist angesichts der mangelnden Beweise

dafür, dass Finanzmärkte immer zu einer besseren Versorgung führen, verwerflich und menschenverachtend.

Conclusio: Scio, nescio?

Wie die drei Beispiele oben zeigen, beeinflussen die Finanzmärkte größere Teile unseres Lebens als wir uns oft bewusst sind. Die Frage, welche Teile davon politische Kategorien sein sollen, hat vor allem eine ethische Dimension – doch spätestens wenn Bereiche betroffen sind, die lebenswichtig sind (wie die Grundversorgung) sollte eine Verantwortung der Politik außer Frage stehen. Viele Entscheidungen, die die gesamte Gemeinschaft betreffen, werden heute auf den Finanzmärkten getroffen – ohne Einfluss der, aber mit Einfluss auf die Politik. Vor allem da die EntscheidungsträgerInnen die Folgen ihrer Handlungen aber gar nicht kennen können, ist es notwendig, eine breitere Diskussion zu führen, das heißt den Stellenwert der Politik auf den Finanzmärkten zu stärken. Nur so ist es möglich, die Finanzmärkte als Kernstück moderner Volkswirtschaften zum Wohle der ganzen Gesellschaft zu gestalten.

Anmerkungen:

(1) Aus Platzmangel kann nur darauf hingewiesen werden, dass der/die LeserIn sich der Unzulänglichkeit des eurozentristischen Entwicklungsbegriffs bewusst sein möge.

(2) Beispielsweise ließ sich die Regierung von Südafrika von einigen politischen Maßnahmen, die als erfolgsbringend für Südkorea gelten, inspirieren; die Erfolge sind bisher jedoch sehr mäßig.

(3) Dies gilt so nicht für alle Rohstoffe: lagerbare Waren wie etwa Gold oder Kupfer können von SpekulantInnen so lange gelagert werden, bis der Preis sich zu ihren Gunsten verändert hat; diese künstliche Verknappung des Angebots hat sehr wohl Auswirkungen auf den Spot-Preis.

Literaturverzeichnis:

Birmili, Alexander (2007): Collateralized Debt Obligations (CDOs): Grundlagen

strukturierter Kreditportfolios. Saarbrücken: Dr. Müller.

Blustein, Paul (2005): And the Money Kept Rolling In (and Out). Wall Street, The IMF, and the Bankruptcy of Argentina. New York: Public Affairs.

Economist (2008): The New Face of Hunger. Global food shortages have taken everyone by surprise. What is to be done? In: Economist, Nr. 16/2008.

Galbraith, John K. (2004): Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft. München: Siedler.

Geyer, Alois/Hanke, Michael/Littich, Edith/Nettekoven, Michaela (2006): Grundlagen der Finanzierung: verstehen – berechnen – entscheiden. Wien: Linde.

Hirsch, Alan (2005): Season of Hope: Economic Reform under Mandela and Mbeki. Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press.

Ocampo, Jose A. (2005): The Quest for Dynamic Efficiency: Structural Dynamics and Economic Growth in Developing Countries. Stanford: University Press.

Rexer, Andrea (2008): „Hätte den Job nicht besser gemacht als Greenspan“. In: Profil, Nr. 37/2008, S. 54.

Die Welt (2008): Wenn Josef Ackermann nach dem Staat ruft. http://www.welt.de/wirtschaft/article1814534/Wenn_Josef_Ackermann_nach_dem_Staat_ruft.html, 21. September 2008

Alles total bio?

Kapitalistische Inwertsetzung von Natur und deren soziale Konsequenzen

von Andreas Grünewald

Dissertant am ipw im Bereich
Gesellschaftliche Naturver-
hältnisse

Nature ist back“, könnte man im Hinblick auf das erstarkte Interesse an Umweltthemen formulieren. Ob Weltklimakonferenz, UNO-Gipfel zur Biodiversität oder Nahrungsmittelkrise – an einer Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen führt zur Zeit kein Weg vorbei. Während Umweltschutz dabei oft als unpolitischer, „natürlicher“ Entwicklungsprozess daherkommt, und Ökologie insbesondere in unseren Breiten eng mit Lifestyle verbunden ist, bleibt der zutiefst politisch umkämpfte Aspekt des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur oft unterbelichtet. Zeit also, sich diesem verstärkt zuzuwenden, was hier in zweifacher Form passieren soll: Zuerst werden zwei wissenschaftliche Debatten präsentiert, die sich mit dem Verhältnis von Natur und Gesellschaft und dessen Bedeutung für kapitalistische Entwicklung beschäftigen. Im Anschluss fließen diese theoretischen Überlegungen in eine Analyse des aktuellen Biodiesel-Hypes ein.

Vom Wert der Natur

„All ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially

neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral.“ (Harvey 1996: 182)

Wenn die Politische Ökologie ein Credo hat, ist es diese Aussage von David Harvey. Die Politische Ökologie beschäftigt sich – im Gegensatz zu Mainstream-Ansätzen wie der Ökologischen Modernisierung – mit der Analyse von Machtverhältnissen und Interessensunterschieden sowie der sozioökonomischen Einbettung von Naturaneignungsprozessen (vgl. Bryant/Bailey 1997, Keil et al. 1998, Robbins 2004). Innerhalb dieses Feldes haben insbesondere angelsächsische GeographInnen in den letzten Jahren über das Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung und Naturaneignung diskutiert. Neben Harvey ist Neil Smith und sein Konzept der „produzierten Natur“ (Smith 1990) ein wichtiger Bezugspunkt der Debatte. Für Smith hat der Kapitalismus den Unterschied zwischen erster und zweiter Natur, zwischen Natur und Gesellschaft tendenziell eingeebnet, da jede Form von Natur gesellschaftlich produziert sei. Aufbauend auf Harvey und Smith sowie auf Überlegungen von Karl Polanyi, James O’Conner und Ted Benton konstatieren VertreterInnen der Radical Geography eine „Neoliberalisierung der Natur“ (Heynen/Robbins 2005, Heynen et al. 2007, McCarthey/Prudham 2004): Aufgrund der strukturellen Krisenanfälligkeit der Kapitalakkumulation suche das Kapital

nach immer neuen Anlagemöglichkeiten. Neben dem Ausweichen auf die Finanzmärkte sei eine aktuelle Strategie dabei die zunehmende Inwertsetzung der Natur, sei es durch die ökonomische Bearbeitung von Umweltproblemen (z.B. Emissionshandel), die Ausweitung von Eigentumsrechten (z.B. Patentierung von Pflanzenwirkstoffen), oder den Rückzug des Staates aus dem Umweltbereich (Castree 2008). Obwohl der Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Naturaneignung oft noch etwas unklar bleibt – ist der Neoliberalismus Ursache, Kontext oder Ergebnis dieser Prozesse? – verspricht die Diskussion auch in den folgenden Jahren spannend zu bleiben.

Ein Defizit der angelsächsischen Diskussion ist deren diffuser Naturbegriff. Hier könnte man vom deutschsprachigen Konzept der „Gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ profitieren. Die Debatte, die sich unter anderem auf die Kritische Theorie, die Regulationstheorie sowie staatsrechtliche Überlegungen stützt, hat ein elaboriertes Modell für das Verhältnis von Natur und Gesellschaft entwickelt (Görg 2003):

1. Das Konzept lehnt eine einfache Dichotomisierung von Natur und Geschichte/Gesellschaft ab. Gesellschaftliche Verhältnisse formen Natur. Gleichzeitig wirkt die (gesellschaftlich geformte) Natur

auch wieder strukturierend auf gesellschaftliche Verhältnisse.

2. Der Begriff weist auf die materiell-konkrete und die symbolisch-sprachliche Dimension des Verhältnisses hin. Bei aller symbolischen und materiellen Konstruktion von Natur behält Natur aber auch einen nicht-identischen Gehalt (Eigensinn).

3. Zum dritten impliziert der Begriff „gesellschaftliche Naturverhältnisse“, dass es deren eine Pluralität gibt, die auf verschiedenen Konstruktionen von Natur beruhen. Demirovič betont den Zusammenhang von Naturverhältnissen und Hegemoniebildung, indem er auf den innergesellschaftlichen Kampf um ein hegemoniales gesellschaftliches Naturverhältnis hinweist (Demirovič 1991: 459). Ulrich Brand und Christoph Görg (2003) haben diese Überlegungen mit dem Begriff der „Postfordistischen Naturverhältnisse“ weiter vorangetrieben. Damit verweisen sie wie die angelsächsischen GeographInnen auf neue Dynamiken in der Aneignung von Natur.

Wie bio ist Biodiesel?

Im letzten Jahr liess das von der UNO eingesetzte Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) mit mehreren Berichten aufhorchen. Erstmals stellte ein Gremium von 400 weltweit anerkannten WissenschaftlerInnen fest, dass der aktuelle Klimawandel vom Menschen mit verursacht sei. Das IPCC unterbreitete auch mehrere Vorschläge, wie massivere Klimaveränderungen durch die Reduktion des CO₂-Ausstoßes verhindert werden könnten. Darunter befand sich auch die Empfehlung, Erdöl verstärkt durch Biotreibstoffe zu ersetzen. Damit wurde die nachfolgende Diskussion in zweierlei Weise vorstrukturiert. Zum einen

stellte der IPCC das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell keineswegs in Frage, sondern sprach sich für technische Optimierung und gegen strukturelle Veränderungen, etwa von Wirtschaftsverflechtungen und Transportwegen, aus. Zum zweiten suggeriert alleine der Gebrauch des Wortes „biofuel“ eine grüne, nachhaltige und menschenfreundliche Zukunft.

Die EU reagierte schnell und beschloss, herkömmliche Treibstoffe bis 2010 mit 5,75 Prozent Biotreibstoffen zu mischen, bis 2020 sogar mit 10 Prozent. Neben der Sorge um den Klimawandel spielten dabei Überlegungen wirtschaftlicher (steigende Ölpreise) und geopolitischer (Verringerung der Abhängigkeit von Nahem Osten und Russland) Natur eine wichtige Rolle. Allerdings muss bezweifelt werden, ob damit eine für Mensch und Natur nachhaltige Entwicklungsstrategie eingeschlagen wird. Viel eher scheint diese Strategie die Interessen einiger europäischer und brasilianischer Wirtschaftstreiber zu bedienen. Für beide entsteht ein riesiger neuer Markt: Zum einen muss die europäische Industrie technisch auf die Beimengung von Biotreibstoff vorbereitet werden, zum anderen muss dieser selbst erst einmal produziert werden. Da der EU die notwendigen Flächen für den Anbau von Mais, Soja und Zuckerrohr fehlen, ist man von der Produktion einiger Südländer, insbesondere Brasiliens, abhängig.

Das grüne Gold ...

Brasilien ist der weltgrößte Produzent von Biotreibstoffen. 50 Prozent des Treibstoffverbrauchs im eigenen Land basiert auf verarbeiteten Pflanzen, gut 70 Prozent der weltweiten Exporte von Biotreibstoffen gehen auf das Konto dieses Landes. Durch die Empfehlung des IPCCs und der Entscheidung der EU

sieht dessen Regierung eine Möglichkeit, die eigene wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Brasiliens Präsident Lula ist voll des Lobes für den boomenden Wirtschaftszweig: „Lange waren die Großgrundbesitzer die schwarzen Schafe unserer Gesellschaft. Jetzt sind sie zu Helden geworden.“ Allerdings leben diese Helden noch immer auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten und einer intakten Umwelt. Denn die Produktion von Biotreibstoffen hat verheerende Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt. Die brasilianische Aktivistin Camilla Morena zieht daher den Begriff Agrotreibstoffe der Bezeichnung Biotreibstoffe vor, basiert deren Produktion doch auf den herkömmlichen Methoden der Agroindustrie ihres Landes: Enteignungen, Vertreibung von LandbewohnerInnen, sklavenähnliche Arbeitsbedingungen, Abholzung von Regenwäldern und massiver Einsatz von Kunstdünger. Dazu kommt noch ein weiterer verheerender Aspekt: Flächen, die einst zur Nahrungsmittelproduktion verwendet wurden, werden jetzt zur Produktion von Agrotreibstoff umgewidmet, während Brasilien gleichzeitig Weizen zur Versorgung der eigenen Bevölkerung importiert (1).

... glänzt längst nicht für alle

Was am Agrotreibstoff nachhaltig sein soll, ist schwer nachzuvollziehen. Der Staat vertreibt BäuerInnen von ihren Grundstücken, gibt die eigene Nahrungsmittelproduktion für die Produktion von Treibstoff auf, wird dadurch von Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel abhängig, die wiederum u.a. aufgrund der massiven Ausweitung der Agrarspritproduktion und Preisspekulationen stark ansteigen und zu weltweiten Nahrungsmittelengpässen

und Hunger führen. Während die Produktion riesige Flächen einnimmt, schafft sie wenige Arbeitsplätze, deren Arbeitsbedingungen zudem katastrophal sind. Des Weiteren fördert sie die Expansion gentechnisch manipulierter Pflanzen (gegen die die österreichische Regierung ansonsten so stark auftritt). Auch der positive CO₂-Effekt von Agrotreibstoffen ist aufgrund der Abholzung von Regenwäldern und der langen Transportwege äußerst umstritten.

Diese negativen Konsequenzen tun der Expansion des Agrosprits jedoch keinen Abbruch. Die deutsche Kanzlerin und der österreichische Kanzler besuchten im Frühjahr Brasilien und unterzeichneten weitreichende Kooperationsverträge im Agrospritzbereich. Brasilien selbst exportiert seine Erfahrung und sein Know How mittlerweile in mehrere afrikanische Staaten, die den hungrigen Norden ebenfalls mit nachhaltigem Treibstoff versorgen sollen. Damit trägt die derzeitige Umweltpolitik auch zur Erhaltung der abhängigen Struktur des Weltmarkts bei – im Süden die RohstofflieferantInnen, im Norden die hochtechnologisierten Länder. Was der Soziologe Wolfgang

Sachs (1993: 425) vor 15 Jahren konstatierte, scheint heute aktueller denn je: „Bei näherer Betrachtung erweisen sich die Aufrufe zur Rettung des Planeten häufig als Aufrufe zur Rettung des Industriesystems.“

Anmerkungen

(1) Informationen von Camilla Morena, Vortrag am 16.6.2008 im NIG/Uni Wien.

Literaturverzeichnis:

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot

Bryant, Raymond/Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology. London: Routledge

Castree, Noel (2008): Neoliberalizing nature: the logics of deregulation and reregulation. In: Environment and Planning A, 40(1): 131-152

Demirovic, Alex (1991): Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. in: PROKLA 84: 443-460

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot

Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference. Oxford: Blackwell Publishers

Heynen, Nik et al. (Hg.) (2007): Neoliberal Environments. False promises and unnatural consequences. London: Routledge

Heynen, Nik/Robbins, Paul (2005): Neoliberalization of Nature: Governance, Privatization, Enclosure and Valuation. In: Capitalism Nature Socialism, 16(1): 5-8

Keil, Roger et al. (1998): Political Ecology. London: Routledge

McCarthy, James/Prudham, Scott (2004): Neoliberal Nature and the Nature of Neoliberalism. In: Geoforum (Themed Issue), 35(3): 275-283

Robbins, Paul (2004): Political Ecology. Oxford: Blackwell Publishing

Sachs, Wolfgang (1993): Umwelt, In: ders. (Hg). Wie im Westen so auf Erden – Ein polemische Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch: 409-429

Smith, Neil (1990 [1984]): Uneven Development. Oxford: Basil Blackwell

Die Explosion der Lebensmittelpreise – ein profitables Geschäft

von Alexandra Strickner

Die Ökonomin arbeitet seit 2003 für das Institute for Agriculture and Trade Policy und ist Mitbegründerin sowie aktuelles Vorstandsmitglied von Attac Österreich.

Mit der Explosion der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten, hat sich zu den bereits bestehenden globalen Krisen (Finanzmarkt- und Klimakrise) eine weitere dazugesellt. Diese Krise ist die für Menschen im Süden wie im Norden spürbarste Krise – denn für das tägliche Überleben brauchen wir Nahrung. Wird diese unerschwinglich teuer, steht – wie im Falle von Millionen Menschen im Süden – das nackte Überleben auf dem Spiel. Steigende Lebensmittelpreise bringen auch immer mehr Menschen in Industrieländern in die Nähe der Armutsgrenze, denn neben den Nahrungsmitteln sind in den letzten Jahren u.a. auch die Kosten für Wohnen, Energie oder Gesundheit gestiegen, die Reallöhne hingegen stagnieren oder sinken. Die steigenden Armutszahlen in den Industrieländern belegen diesen Trend.

Auslöser und Ursachen der aktuellen Explosion von Lebensmittelpreisen

Der Anstieg der Lebensmittelpreise – laut den Daten der Weltbank sind global die Preise für Lebensmittel in den letzten drei Jahren um 80% gestiegen – ist das Ergebnis einer Reihe von Faktoren. Auf den ersten Blick scheint es ein simples „Marktproblem“ zu sein. Die Nachfrage insbesondere nach Getreide und Ölsaaten (Mais, Soja) steigt aufgrund der Zunahme der Weltbevölkerung, der sich ändernden Essgewohnheiten in Schwellenländern (z.B. China und Indien) und der Agrotreibstoffbeimischungsziele. Eine ständig steigende Weltbevölkerung erfordert mehr Nahrungsmittel. Dieser Anstieg erfolgt jedoch relativ stetig und kann die extreme Explosion der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten nicht erklären. Dasselbe gilt für den zunehmenden Konsum von Milch- und Fleischprodukten in Schwellenländern (u.a. China und Indien), für deren Erzeugung mehr Futtermittel hergestellt werden müssen. Auch diese Nachfrage steigt langsam und stetig und dieses Argument blendet aus, dass v.a. der vergleichsweise hohe Fleischkonsum in den USA und der EU nicht nachhaltig ist. Es sind v.a. die Energiepolitiken der USA und der EU, die durch die Festlegung von Agrotreibstoffbeimischungszielen mehr

oder weniger von einem Tag auf den anderen eine massive Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen (Soja, Mais) künstlich erzeugt haben. Während eine kürzlich von der Weltbank veröffentlichte Studie davon spricht, dass rund 75% der Preissteigerungen bei Lebensmitteln auf das Konto der Agrotreibstoffe geht, sind es laut US-Agrarministerium (USDA) nur 4%. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo in der Mitte.

Der steigenden Nachfrage steht ein zu geringes Angebot gegenüber. Geringere Ernteerträge in wichtigen Getreideexportländern wie Australien, Argentinien, USA oder Kanada u.a. aufgrund der Übernutzung von natürlichen Ressourcen (insbesondere von Wasser und Boden – eine Folge einer immer mehr industrialisierten Landwirtschaft, die sich durch Monokulturen und massiven Düngemittel-, Pestizid- und Herbizideinsatz kennzeichnet) und aufgrund des Klimawandels (in Australien z.B. mehren sich Dürrezeiten) werden hier als Gründe angeführt. Während viele Länder früher für solche Situationen durch öffentliche Getreidelager abgesichert waren, mit denen weiterhin die Nahrungsmittelsicherheit der Menschen gewährleistet wurde, können Regierungen heute kaum mehr agieren. Denn in Folge der Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der letzten drei Jahrzehnte haben die Regierungen ihre Getreidelager auf alarmierend ge-

ringe Bestände reduziert. Angesichts dessen, dass in den letzten Monaten Agroexporteure, wie z.B. Brasilien, ihre Nahrungsmittelexporte beschränkt haben, um die Nahrungsmittelsicherheit im eigenen Land zu gewährleisten, wurde offensichtlich, dass die Abhängigkeit vom globalen Markt und Agrarhandel, zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit der eigenen Bevölkerung, letztlich nicht erstrebenswert ist.

Neben der steigenden Nachfrage und dem zu geringen Angebot sind auch der hohe Ölpreis und die Spekulationen auf den Finanzmärkten weitere Faktoren für steigende Lebensmittelpreise. Eine industrialisierte Lebensmittelproduktion baut auf der massiven Nutzung von Düngemitteln, Herbiziden und Pestiziden – allesamt erzeugt auf der Basis von Erdöl – sowie der massiven Nutzung von Maschinen und Transportmitteln auf, um die Nahrungsmittel zu produzieren und zum Ort des Konsums zu bringen. Und auf den agrarischen Rohstoffbörsen kam es in den letzten Monaten zu einem bisher nicht bekannten Anstieg an Investitionen und Spekulationen. Allein auf der Chicagoer Rohstoffbörse ist das Kapitalvolumen, das in diesen Sektor investiert wird – zwischen 2003 und 2008 von 13 Mrd. USD auf 260 Mrd. USD – gestiegen. Derart rasante Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten, wie sie im Frühling dieses Jahres zu verzeichnen waren, sind eindeutig Ausdruck von Spekulationsgeschäften an den Rohstoffbörsen.

Die tiefer liegende Ursache für die aktuelle Explosion der Lebensmittelpreise und die damit verursachte Ausweitung der Hungerkrise ist jedoch eine seit fast drei Jahrzehnten verfolgte Politik der Liberalisierung und Deregulierung der Landwirtschaft, des Agrarhandels und der Finanzmärkte. Die Struktur-

anpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, sowie internationale Handelsabkommen haben den Spielraum für öffentliche Politiken im Bereich der Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion sowie des Handels massiv eingeschränkt. Angebotssteuernde Instrumente, mit denen Regierungen früher die Versorgung der Bevölkerung mit leistbaren Lebensmitteln und ein kostendeckendes Einkommen für die landwirtschaftlichen ProduzentInnen sicherstellen konnten, sind heute zu teuer oder durch bestehende Handels- und Investitionsabkommen – u.a. das Agrarabkommen der WTO – verboten. Die Haltung von öffentlichen Getreidelagern, staatliche Vermarktungsgesellschaften und öffentliche Preiskontrollen, zählen dazu genauso wie z.B. die Regulierung von Importen und Exporten u.a. über Zölle oder Importquoten. Die zunehmende Instabilität der Preise – für landwirtschaftliche ProduzentInnen und für KonsumentInnen gleichermaßen – ist die Konsequenz dieser Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik.

Diese Politik hat v.a. die Länder des Südens in die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten getrieben. Laut der Food and Agriculture Organization (FAO) sind heute zwei Drittel der Entwicklungsländer, die in den 80er Jahren noch Nettolebensmittelexporteure waren, Nettolebensmittelimporteure. Innerhalb der am wenigsten entwickelten Länder, ist dieser Anteil noch viel höher. Die Strukturanpassungsprogramme haben dazu geführt, dass KleinbauerInnen in diesen Ländern schlagartig keine öffentlichen Unterstützungen mehr erhielten. Durch die parallele Öffnung der Agrarmärkte wurden diese mit billigen Lebensmittelimporten – in vielen Fällen hochsubventionierte Importe aus den USA und der EU – überschwemmt.

Diese unfaire Importkonkurrenz war die Ursache, dass viele lokale ProduzentInnen ihre Produktion aufgeben mussten. Viele Menschen verloren ihre Lebensgrundlage und zogen in die städtischen Slums, auf der Suche nach Arbeit. Eines der anschaulichsten Beispiele ist die Zerstörung der Geflügelproduktion in Westafrika durch den Export von billigsten Geflügelteilen aus der EU. Bis vor einigen Jahren wurde ein Grossteil des Geflügelkonsums in der Region noch aus eigener Produktion gedeckt, heute werden durchschnittlich noch 5% in den Westafrikanischen Ländern erzeugt, der Rest kommt aus der EU.

Wer profitiert von der aktuellen Nahrungsmittelkrise?

Eine Handvoll von global agierenden Konzernen im Agrar- und Lebensmittelsektor, die v.a. in den USA und in der EU angesiedelt sind, profitiert seit über drei Jahrzehnten von immer stärker deregulierten Agrarmärkten. Sie sind es auch, die diese Deregulierungspolitik massiv vorantreiben. Der erste Entwurf des Agrarabkommens der WTO wurde u.a. von Cargill und Archer Daniels Midland (ADM), beides US-Konzerne im Bereich des Getreidehandels, geschrieben. Die erste Phase der Deregulierung dieses Sektors, hat den Lebensmittelkonzernen niedrigere agrarische Rohstoffpreise und höhere Profitspannen beschert, da sie die geringeren Preise nur in einem minimalen Ausmass, wenn überhaupt, an KonsumentInnen weitergegeben haben. Oder sie benutzten – wie z.B. Cargill in den USA – schwache Futtermittelpreise zur Expansion der industriellen Fleischproduktion und verdrängten somit kleinere ProduzentInnen.

In der jetzigen Phase hoher Rohstoffpreise sind dieselben Konzerne, die in den letzten drei Jahrzehnten ihre Macht und Kontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette massiv ausbauen konnten, einmal mehr die Gewinner. Laut einem Bericht von Grain (1) vom April 2008, stiegen im Jahr 2007 die Gewinne von Monsanto, dem weltweit größten Samenhersteller, im Vergleich zum Vorjahr um 44%, jene von DuPont (zweitgrösster Samenproduzent am Weltmarkt) um 19%. Syngenta, die Nummer Eins bei den Pestizidproduzenten, verzeichnete ein Plus von 28% allein im ersten Quartal 2008 und Cargill, einer der größten Getreidehändler weltweit, konnte für diesen Zeitraum stolze 86% Plus ausweisen. Auch die Supermärkte erfreuen sich satter Gewinnzuwächse. Wal-Mart, der Mexikoabnehmer der größten Supermarktkette Wal-Mart (US), hatte im ersten Quartal 2008 einen Gewinnzuwachs von 11%, auch Tesco ein Plus von 12.3% (2007).

Während also über eine Millarde Menschen vom Hungertod bedroht sind, und immer mehr Menschen in Industrieländern in die Armut abrutschen, erzielen die transnationalen Nahrungsmittelkonzerne Rekordgewinne. Der Großteil der landwirtschaftlichen ProduzentInnen kann von derartigen Gewinnsteigerungen nur träumen. Steigende Kosten für Benzin, Saatgut oder Dünger, gleichen allfällige höhere Rohstoffpreise in den meisten Fällen sofort aus – BauerInnen zählen in den wenigsten Fällen zu den GewinnerInnen steigender Rohstoffpreise. In vielen Bereichen gibt es bereits heute nur mehr eine Handvoll von transnationalen Unternehmen, die sich untereinander den Weltmarkt aufteilen. Die größte Marktmacht haben bereits heute

Supermarktketten, die den gesamten Einzelhandel kontrollieren.

Lösungen für die Hungerkrise?

Die bisherigen Lösungsansätze, die seitens der Regierungen der Industrieländer, aber auch vieler Entwicklungsländer vorgeschlagen wurden, orientieren sich an einer weiteren Deregulierung der Landwirtschaft und des Agrarhandels. Die Umsetzung einer grünen Revolution in Afrika, die Aufhebung von Produktionsbeschränkungen wie z.B. die Milchquoten oder die Stilllegungsflächen in der EU, sowie die Fokussierung auf technologische Lösungen – hier insbesondere Gentechnik – werden derzeit massiv v.a. von Regierungen der Industrieländer vorangetrieben. Die damit erhoffte Erhöhung der Produktionsmengen soll die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln und auch nach agrarischen Rohstoffen für die Gewinnung von Treibstoff langfristig decken. Auch die Ausweitung des globalen Agrarhandels soll künftig den Zugang zu billigen Lebensmitteln schaffen.

Eine wachsende Weltbevölkerung, die Erosion der Böden und natürlichen Ressourcen (insbesondere Wasser) in Folge der agroindustriellen Landwirtschaft und nunmehr auch des Klimawandels, erfordern jedoch eine gänzliche Umorientierung der landwirtschaftlichen Produktion. Der kürzlich vom International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) vorgelegte Bericht über die aktuelle Situation der Landwirtschaft und die Herausforderungen für die Zukunft gibt ein klares Bekenntnis

für die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung des landwirtschaftlichen Produktionsmodells ab. Zur Sicherung der Versorgung der Weltbevölkerung mit Lebensmitteln braucht es eine kleinräumige, biologische Landwirtschaft, die auf der Basis von Biodiversität funktioniert.

Dazu wären Landwirtschaftspolitiken notwendig, die diese Form der Landwirtschaft ins Zentrum stellen und fördern. Weiters bedarf es Maßnahmen, die Preisschwankungen verringern und Preisstabilität für landwirtschaftliche ProduzentInnen und KonsumentInnen gleichermaßen gewährleisten. Staaten müssen wieder öffentliche Getreidelager auf nationaler und regionaler Ebene einrichten. Sie sind ein wichtiges Instrument gegen Preisschwankungen und Lebensmittelunsicherheit. Um Preisschwankungen handzuhaben, ist eine koordinierte internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten im Bereich des Angebotsmanagement nötig, sowie Maßnahmen, die die Investitionsmöglichkeiten von institutionellen Investoren (z.B. Hedgefonds oder Pensionsfonds) auf den Rohstoffbörsen massiv einschränken. Eine bessere Koordination von globalen Rohstoffmärkten würde es erlauben, einen fairen Deal für landwirtschaftliche ProduzentInnen sowie eine qualitativ bessere und quantitativ abgesicherte Lebensmittelversorgung der Menschen sicherzustellen.

Anstatt einer weiteren Öffnung der Agrarmärkte bedarf es einer gänzlichen Überarbeitung des Agrarabkommens der WTO. Multilaterale Handelsregeln im Agrarhandel müssen Ländern wieder die Möglichkeit geben, ihre lokale Lebensmittelproduktion und lokale Landwirtschaft im Sinne einer eigenständigen Lebensmittelsicherheit zu schützen (u.a. mittels Zöllen oder

Importquoten), sofern dadurch die lokalen Agrarmärkte anderer Länder nicht zerstört werden. In der aktuellen Situation ist dieses Recht unmittelbar Entwicklungsländern zu gewähren, um damit der lokalen Produktion den notwendigen Schutz vor unfairer Importkonkurrenz zu geben. Agrarhandel darf nicht dazu führen, dass die Exportinteressen von transnationalen Agrarkonzernen über den Interessen einer eigenständigen lokalen Lebensmittelproduktion gestellt werden, so wie dies derzeit der Fall ist. Und auch die zunehmenden Marktverzerrungen infolge der hohen Marktkonzentration

entlang der gesamten Lebensmittelkette erfordern u.a. Wettbewerbsregeln auf allen Ebenen. Aber auch die politische Entscheidung, dass z.B. Saatgut, Pflanzen und Tiere nicht patentierbar sind, damit letztlich die immer größer werdende Kontrolle und Macht transnationaler Agrarkonzerne eingeschränkt wird.

Und zu guter Letzt erfordert die Nahrungsmittelsicherheit einer steigenden Weltbevölkerung auch eine radikale Änderung der Essgewohnheiten in Industrieländern – weg vom hohen Fleischkonsum, vom Obst- und Gemüsekonsum ausserhalb der Saison und weg

von verarbeiteten Nahrungsmitteln der Lebensmittelkonzerne; hin zu saisonalen, biologisch und möglichst regional produzierten Lebensmitteln. Ein solches Lebensmittelsystem erfordert auch weitaus weniger Energie und Erdöl und wäre daher auch ein sinnvollerer Beitrag zur Erhöhung der Energiesicherheit als die Agrotreibstoffpolitiken der EU und der USA. Denn auch diese gehören ad acta gelegt.

Anmerkungen

(1) Against the Grain. Making a killing from hunger, siehe www.grain.org/atg

Krise hat sich jüngst nur drastisch verschärft. Neu daran ist, dass nicht nur die ärmsten Bevölkerungsschichten im Süden davon hart betroffen sind, sondern auch Menschen mit mittlerem Einkommen. Und sogar in den reichen Industriestaaten müssen sich Menschen mit niedrigem Einkommen einschränken und ihr Konsumverhalten ändern.

„Bisher haben die Menschen der Dritten Welt mit den Rindern konkurriert, für deren Futter ihre Nahrungsmittel knapp wurden. Jetzt müssen sie auch noch mit Autos konkurrieren, wenn der Export von Biotreibstoff mehr bringt als der Anbau von Nahrung.“ (23) In diesem Zitat des Stifters des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, werden zwei unmittelbare Auslöser der Ernährungskrise genannt und die tiefer liegenden Ursachen angedeutet: Die Endlichkeit der fossilen Treibstoffe, ihre negativen Auswirkungen auf das Klima und nicht zuletzt die steigenden Ölpreise haben in den letzten Jahren verstärkt dazu geführt, dass auf landwirtschaftlichen Flächen statt Nahrungsmitteln in großem Ausmaß Rohstoffe für Agrosprit und Agrodiesel angebaut werden. (34) Die erwähnten Rinder wiederum sind eine Metapher für die industrielle Landwirtschaft, die nicht nur auf hohem Energieverbrauch beruht, sondern für die Intensivtierhaltung auch Futtermittel aus Ländern der „Dritten Welt“ importiert. Doch bleiben wir zunächst bei den unmittelbaren Auslösern der Krise, d.h. den Faktoren, welche für die steigenden Preise der letzten Jahre verantwortlich sind.

Die Auslöser der „Explosion“ der Nahrungsmittelpreise

Mit zahlreicher werdender Weltbevölkerung steigt seit langem die Nachfrage nach Nahrungsmitteln kontinuierlich. Das Bevölkerungswachstum ist gleichsam der Hintergrund, es hat aber die aktuelle

Krise nicht ausgelöst. Nach wie vor gibt es, weltweit betrachtet, keinen Mangel an Nahrungsmitteln, auch wenn die Lagerbestände in den letzten Jahren niedrig waren. (FAO 2008) Es ist also nicht richtig, von einer Nahrungsmittelkrise zu sprechen, zutreffender ist der Ausdruck Ernährungskrise: Nahrungsmittel gibt es genug, aber sie ernähren nicht diejenigen, die hungrig sind.

Klimawandel: Schlechte Ernten und Umweltkatastrophen führen zeitweise zur Verknappung von Grundnahrungsmitteln und ziehen Preissteigerungen nach sich. Dafür zwei Beispiele: Im Jahre 2006 waren Missernten in Australien, den USA und Kanada, die zu den fünf größten Exporteuren von Weizen zählen, in hohem Maße für den Anstieg der Weltmarktpreise verantwortlich. 2008 vernichtete in Burma ein Sturm riesige Anbauflächen für Reis, was die Reispreise explodieren ließ. Die Häufung sogenannter von Naturkatastrophen ist dem Klimawandel, zu dem die industrielle Landwirtschaft wesentlich beiträgt, zuzuschreiben.

Lagerhaltung: Seit Mitte der 1990er Jahre reduzierte sich die Lagerhaltung von Getreide kontinuierlich. Zum einen war die Nachfrage stärker als das Angebot, zum anderen wurden Ende der 1990er Jahre die staatlichen Lebensmittelvorratsspeicher absichtlich verkleinert bis aufgelöst und die Vorratshaltung weitgehend dem freien Markt überlassen. (FAO 2008, 5 f und Attac 2008b) Bei niedrigen Lagerbeständen fehlt die Pufferfunktion, sodass die Preise bei zu geringem Angebot in die Höhe schnellen.

Energiepreise: Der stark gestiegene Ölpreis schlägt sich auch auf die Preisentwicklung bei den Nahrungsmitteln nieder, zählt doch die moderne Landwirtschaft zu den energieintensivsten Wirtschaftszweigen. Nicht nur Traktoren und Maschinen verbrauchen Treib- und Schmierstoffe, auch die Herstellung von Düngemitteln und synthetischen Spritzmitteln ist energieintensiv. Je „moderner“ eine

Landwirtschaft, desto mehr Energie verbraucht sie und desto schlechter ist das Input/Output Verhältnis des Energieeinsatzes. (45)

Agrotreibstoffe: Der Anbau von Zuckerrohr und ölhaltigen Pflanzen für die Gewinnung von Agrosprit und Agrodiesel drängt in manchen Ländern den Anbau von Getreide, Mais und Gemüse für die Ernährung zurück. Einschätzungen über das Ausmaß des Einflusses von Agrotreibstoffen auf die Nahrungsmittelpreise gehen weit auseinander. Nach der britischen Nicht-Regierungsorganisation Oxfam sind 30 Prozent des Preisanstiegs bei Nahrungsmitteln auf die Agrotreibstoffe zurückzuführen. Weit höher ist die Einschätzung der Weltbank: Laut einer Studie, die Anfang Juli 2008 bekannt wurde, verteuerte die Herstellung von Treibstoffen aus Pflanzen die Nahrungsmittel weltweit um bis zu 75 Prozent. (Salzburger Nachrichten, 5.7.2008) In den USA geht mehr als ein Drittel der Maisernte – das sind 12 Prozent der weltweiten Maisproduktion – in die Herstellung von Ethanol. Ökologischer Nebeneffekt der Intensivierung des Maisanbaues in den USA: Wasser wird knapp. In Europa wurden 2007 60 Prozent des Rapsöls für Agrodiesel verwendet, das sind 25 Prozent der weltweiten Rapsölproduktion. (FAO 2008, 10)

Änderung des Konsumverhaltens: Immer mehr Getreide und andere Ackerfrüchte werden „veredelt“, sprich verfüttert, statt direkt der menschlichen Ernährung zu dienen. Neben den negativen ökologischen Auswirkungen intensiver Tierhaltung bedeutet der Umweg in der Nahrungsmittelproduktion über das Tier auch Verschwendung: Je nach Tierart sind 5 bis 10 pflanzliche Kalorien notwendig, um eine tierische Kalorie zu erzeugen. In Europa werden zwei Drittel des Getreides verfüttert, weltweit ist es ungefähr die Hälfte. (Fischler 2008) Zum übermäßigen Fleischkonsum in den Industrieländern kommt die steigende Nachfrage

Das Gespenst des Hungers

Über Ursachen der Ernährungskrise und Auswege

von Dorit Fischer

Freiberufliche Politikwissenschaftlerin und seit 30 Jahren Biobäuerin

Es ist erstaunlich, dass von einer „plötzlichen“ Ernährungskrise und von der Rückkehr des Gespenstes des Hungers die Rede ist – als wäre der Hunger großer Bevölkerungsteile in den Ländern des Südens jemals gestillt worden. Nichts ist plötzlich gekommen, die permanente Krise hat sich jüngst nur drastisch verschärft. Neu daran ist, dass nicht nur die ärmsten Bevölkerungsschichten im Süden davon hart betroffen sind, sondern auch Menschen mit mittlerem Einkommen. Und sogar in den reichen Industriestaaten müssen sich Menschen

mit niedrigem Einkommen einschränken und ihr Konsumverhalten ändern.

Im Jahre 2000 gab es eine sensationelle Wende auf dem Weltagrarmarkt: Nach einem „Megatrend“ des Preisverfalls von ungefähr 1870 bis 2000, einem Zeitraum, in dem „die Weltlandwirtschaft immer mehr Nahrungsmittel für immer mehr Menschen zu immer geringeren Preisen bereitgestellt“ hat (Witzke 2008), steigen die Preise für alle wichtigen agrarischen Rohstoffe. Besonders hoch war der Anstieg seit 2006, bei Getreide um 87 Prozent, bei Pflanzenöl um mehr als 97 Prozent. (FAO 2008, 3) Von August 2007 bis August 2008 verdreifachte sich der Reispreis in Asien und den USA. Laut FAO und OECD wird der Preisauftrieb langfristig anhalten, wengleich so exorbitante Preissteigerungen wie

in jüngster Zeit nicht mehr erwartet werden. (1) In den Schlagzeilen der Medien ist vom Albtraum einer globalen Nahrungsmittelkrise und einem neuen Zeitalter des Hungers die Rede. In zahlreichen Ländern des Südens kam es bereits zu Hungerrevolten. Laut FAO wurden durch die gestiegenen Lebensmittelpreise 75 Millionen Menschen in die extreme Armut gestoßen, die Zahl der Unterernährten wird für 2007 auf 923 Millionen geschätzt. (2)

Es ist erstaunlich, dass von einer „plötzlichen“ Ernährungskrise und von der Rückkehr des Gespenstes des Hungers die Rede ist – als wäre der Hunger großer Bevölkerungsteile in den Ländern des Südens jemals gestillt worden. Nichts ist plötzlich gekommen, die permanente

nach Fleisch und Milchprodukten in bevölkerungsreichen Schwellenländern wie Indien und China. George Bush behauptete sogar, dass die neuen Essgewohnheiten in Indien und China für die steigenden Lebensmittelpreise verantwortlich seien. (Salzburger Nachrichten, 5.7.2008) Diese Aussage ist allerdings allein der Weltsicht des US-Präsidenten zuzuschreiben, denn China wie Indien sind bei Futtermitteln Selbstversorger und laut FAO eindeutig nicht für Preissteigerungen auf dem Weltmarkt verantwortlich. (FAO 2008, 12) Wie auch immer, die Konkurrenz um fruchtbaren Boden zwischen der Produktion von Nahrungsmitteln und der Produktion von Futtermitteln besteht. In Ländern wie Brasilien wird dafür großflächig Regenwald gerodet, indigene Völker werden vertrieben und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen werden – oft mit Gewalt – um ihr Land gebracht.(6) In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass mehr als 60 Prozent der Futtermittelimporte der EU aus Ländern der „Dritten Welt“ kommen.

Faktor Spekulation: Seit die Finanzmärkte in eine andauernde Krise geraten sind, wird verstärkt mit Rohstoffen spekuliert. Der Anteil der Börsenspekulationen an der Preisexplosion für Agroprodukte wird kontroversiell diskutiert. Laut Jean Ziegler sind Börsenspekulationen mit landwirtschaftlichen Rohstoffen wie Getreide, Kaffee, Soja zu zu 30 Prozent für die Preissteigerungen verantwortlich. (7) Andere Autoren und Autorinnen enthalten sich quantitativer Einschätzungen, einzig ist man sich aber, dass die Spekulationen den Preisanstieg kräftig verstärken und zu Preisschwankungen beitragen.

Soweit zu den Faktoren, welche den Anstieg der Rohstoffpreise des Agrarsektors in den letzten Jahren auslösten. Die meisten Medienberichte ebenso wie der Bericht der Welternährungsorganisation, der für die im Juni 2008 in Rom abgehaltene UN-Konferenz über Nahrungsmittelsicherheit

erstellt wurde, begnügen sich mit diesen Feststellungen.(FAO 2008) . Bestenfalls wird noch auf die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die Entwicklungspolitik hingewiesen. Doch was seit den 1960er Jahren auf dem Agrarsektor geschehen oder nicht geschehen ist, das ist mehr als nur Vernachlässigung, es ist systematische Zerstörung. Schon im Jahre 1980 schrieb Pat Roy Mooney, als er gegen die Patentierung von Saatgut durch die Saat-Multis kämpfte: „*In einem Zeitraum von zwei Dekaden wurden die vielfältigen Landwirtschaftssysteme der Dritten Welt aus den Angeln gehoben, vernichtet und durch ein westliches Modell ersetzt.*“ (Mooney 1981, 55)

Zusammenhänge globalisierter Landwirtschaft: Weltmarkt, Agrobusiness und Agrarmodell

Von den 923 Millionen Menschen auf der Welt, die hungern, leben mehr als 95 Prozent in den Ländern des Südens und davon wiederum 80 Prozent im ländlichen Raum, d.h. dort, wo Nahrungsmittel produziert werden. Wie ist dies zu erklären?

Attac bringt es auf den Punkt: „*Hungerkrise dank globalisierter Landwirtschaft.*“ (Attac 2008a) Marcel Mazoyer formuliert es weniger plakativ, doch auch er nennt als Hauptursache für die andauernde Ernährungskrise die *Einbindung der Landwirtschaft in den liberalisierten Weltmarkt*. Auf dem internationalen Markt konkurrieren Landwirtschaften miteinander, „*die aus unterschiedlichen Traditionen entstanden sind und mit unterschiedlichsten Mitteln unter unterschiedlichen geografischen Bedingungen arbeiten.*“ (8) Seit den 1950er Jahren -Übergang zu Fremdenenergie und weitgehende Mechanisierung der Landwirtschaft in den Industrieländern - verstärkte sich die Ungleichheit in der Produktivität zwischen manueller und der erfolgreichsten industrialisierten

Landwirtschaft um den Faktor fünfzig (ebd.). Millionen kleinbäuerlicher Familienbetriebe konnten mit den weit unter ihren eigenen Produktionskosten liegenden Weltmarktpreisen nicht Schritt halten. Auch wenn nun die Preise steigen, es ist für viele Kleinbauern/ Kleinbäuerinnen zu spät, sie haben ihre landwirtschaftliche Tätigkeit teilweise oder gänzlich aufgegeben.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind die Regierenden in den Industrieländern. Im Verein mit den von ihnen dominierten internationalen Organisationen wie Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Welthandelsorganisation sowie im Zusammenspiel mit und im Interesse von transnationalen Konzernen treiben sie die Liberalisierung des Weltmarktes voran. Es kommt hinzu, dass die Liberalisierung eine Schlagseite hat. Während nämlich die Entwicklungsländer unter dem Druck von IWF, Weltbank und WTO die Handelsschranken für Lebensmittelimporte weitgehend beseitigten, schaffen es die Industrieländer nach wie vor, sich vor unerwünschten Agrarimporten durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu schützen und die eigenen Überschüsse durch direkt oder indirekt subventionierte Exporte in die Entwicklungsländer anzubringen. (9) Die zerstörerische Wirkung der Dumpingpreise (und oft auch der Nahrungsmittelhilfe) für die kleinbäuerliche Produktion in Entwicklungsländern ließe sich an unzähligen drastischen Beispielen zeigen. (10) Die Folge der jahrzehntelangen Politik der Marktöffnung „*war eine Explosion der Importe im Süden.*“ (Eberhardt 2005, 15) In den 1960er Jahren waren die Entwicklungsländer noch Nettoexporteure von Nahrungsmitteln, heute sind 75 Prozent der Länder Nettoimporteure, wovon die ärmsten unter ihnen von den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen empfindlich getroffen werden.

Verfehlte Entwicklungspolitik und falsches Agrarmodell: Es sind nicht die Mechanismen des Weltmarktes allein, welche die Lebensgrundlage der kleinbäuerlichen Familien und damit die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln in den vielen Ländern des Südens zerstörten und weiterhin zerstören. Auch die Regierenden in den Entwicklungsländern waren nicht daran interessiert, die kleinstrukturierte traditionelle Landwirtschaft, die der regionalen Versorgung dient, mit geeigneten Maßnahmen zu fördern und durch Landreformen die extrem ungleiche Verteilung an Grund und Boden zu ändern. Vielmehr versuchte man die hochentwickelte Agrartechnologie (Mechanisierung, Einsatz von Agrochemie) der Industrieländer zu übernehmen. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Grüne Revolution: Mit dem Einsatz von Hohertragsorten, Handelsdünger und Pestiziden sollte die Produktivität verbessert werden. Zunächst stellte sich tatsächlich Erfolg in Gestalt von hohen Ertragssteigerungen Erträgen ein (insbesondere in Mexiko, Indien und auf den Philippinen). Langfristig aber beschleunigte der intensive Gebrauch von Düngemitteln und Pestiziden die Degradation der Böden. Heute sind auf diesem Wege keine Produktivitätssteigerungen und Ertragssteigerungen mehr zu erreichen. (Wahlberg 2008b) Profitiert haben von der Grünen Revolution nur größere Betriebe in Gunstlagen -- und natürlich die Hersteller von Saatgut, Dünge- und Spritzmitteln. Für kleine Betriebe waren die Kosten der neuen Betriebsmittel sowie das Produktionsrisiko zu hoch, viele Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die sich auf das Experiment einließen, verschuldeten sich und mussten ihr Land aufgeben.

Ein weiterer Faktor ist die einseitig auf den **Export agrarischer Rohstoffe** ausgerichtete Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer. Zum einen ist dies koloniales Erbe, zum anderen trägt die Verschuldung der Entwicklungsländer

dazu bei, dass der Exportsektor gegenüber dem Versorgungssektor von der Agrarpolitik bevorzugt wurde. (Beispiele sh. Ziegler 2008) Insbesondere seit den 1980er Jahren, als die Verschuldung der „Dritten Welt“ kumulierte, wurde unter dem Druck der von IWF und Weltbank verordneten Strukturanpassungsprogramme die Exportproduktion von agrarischen Rohstoffen forciert. Es sind nicht nur die traditionellen agrarischen Produkte wie Kakao, Kaffee, Bananen usw., deren Anbau und Export gesteigert wurden, sondern auch neue wie Sojabohnen und Palmöl, die werden nun für den Rohstoffbedarf der Industrieländer großflächig angebaut. werden. Das geht auf Kosten der Umwelt, der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und der kleinbäuerlichen und indigenen Bevölkerung, die ihrer Existenzgrundlage beraubt und oft genug brutal vertrieben wird. Sowohl die Übernahme des westlichen Agrarmodells als auch die Zunahme der Exportproduktion bewirken, dass die Konzentration des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zunimmt und zudem transnationale Konzerne sich riesige Flächen für Pflanzungen aneignen.

Damit sind wir bei einer weiteren grundlegenden Ursache der andauernden Nahrungsmittelkrise angelangt, nämlich der wichtigen Rolle, welche die transnationalen Konzerne auf allen Ebenen des Agrarsektors und speziell der Nahrungsmittelproduktion spielen.

Agrobusiness: Seit den 1970er Jahren haben sich einige wenige große Konzerne weitgehend des Handels mit agrarischen Gütern, der Weiterverarbeitung und sowohl direkt als auch indirekt durch Vertragsanbau der Produktion bemächtigt. In Brasilien z. B. errichteten in den 1970er Jahren dank großzügigem Entgegenkommen der Militärdiktatur Konzerne wie Nestlé, Volkswagen, Goodyear usw. im Amazonasgebiet riesige Viehfarmen und Sojaplantagen, wo mit viel Agrochemie und moderner Landtechnik, aber mit

wenigen Arbeitskräften für den Export nach Europa produziert wird (George 1980, 127). Oder es handelt sich um Zuckerrohrplantagen, die der Produktion von Ethanol als Treibstoff dienen und den Anbau von Reis und Bohnen, Hauptnahrungsmittel der armen Leute, zurückdrängen. Heute verfügt das Agrobusiness in Brasilien über 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, erhält 90 Prozent der öffentlichen Gelder für Kredite, produziert aber nur 50 Prozent der Nahrungsmittel. (11) Die regierenden Eliten in Afrika, Asien und Lateinamerika sind an dem Ausverkauf maßgeblich beteiligt, denn sie waren (und sind) unfähig und oft genug auch nicht willens, gesellschaftspolitische Reformen wie eine Landreform vorzunehmen – zum einen, weil sie der besitzenden Klasse angehören, zum anderen, weil Korruption auch vor ehemaligen Rebellen nicht halt macht.

Die Macht des Agrobusiness geht viel weiter, es dominiert heute die gesamte agrarische Wertschöpfungskette (Eberhardt 2005): Die Herstellung von Saatgut - selbstverständlich patentiert und womöglich so manipuliert, dass Nachbau aus eigener Ernte nicht möglich ist (Terminatorsaatgut) - von Düngemitteln und Spritzmitteln, Handel, Verarbeitung und Transport bis zum Verkauf über die Einzelhandelsketten, alles ist horizontal und vertikal vernetzt und in der Hand einiger weniger Konzerne. Hier herrscht eine „*Konzentration der Marktanteile, die man in anderen Bereichen nicht zulassen würde.*“ (12) Sie sind es auch, die in den Entwicklungsländern vor allem von den gestiegenen Weltmarktpreisen profitieren, nicht der kleine Bauer und die Bäuerin, die in den Entwicklungsländern in Kontraktanbau produzieren. „*Die Welthandelsregeln bis hin zu Patenten auf Saatgut haben dazu beigetragen, dass ganz wenige Akteure sehr stark geworden sind und hohe Gewinne abschöpfen, die weder den ProduzentInnen auf dem Land noch den KonsumentInnen zu Gute kommen.*“ (Attac 2008b)

Auswege aus der Ernährungskrise

Es gibt zwei einander entgegengesetzte Positionen. Die eine setzt auf die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges. Laut Chef von Nestlé, Peter Brabeck, könne nur noch weitere Produktivitätssteigerung durch die „grüne Gentechnik“ die Welt vor dem Hunger retten. Das sieht auch der Direktor der OECD, Stefan Tangermann so (Wirtschaftswoche, 26.4.2008) und selbstverständlich auch Monsanto, der weltgrößte und bei genmanipuliertem Saatgut führende Saatgutproduzent. So Das bedeutet: So weiter wie bisher, noch mehr industrialisierte Landwirtschaft mit noch raffinierterer Technologie, noch mehr Energie- und Wasserverbrauch, noch mehr Agrochemikalien/Pestizide, noch mehr Risiko in der Produktion, noch mehr Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von Konzernen und Weltmarkt, noch mehr Machtkonzentration in der Hand des Agrobusiness - und weiterhin Externalisierung der Kosten dieses Agrarmodells, d.h. noch mehr Schaden für die Umwelt. Es erübrigt sich nach der vorangegangenen Analyse, näher darauf einzugehen.

Im Konzept der **Ernährungssouveränität** findet der Widerstand „gegen die konzerngetriebene Globalisierung der Landwirtschaft“ (Eberhardt 2005) seinen Ausdruck. Anlässlich der Welternährungskonferenz 1996 stellte die weltweite Kleinbauern- und Kleinbäuerinnen-, sowie Landlosenbewegung La Via Campesina die Forderung nach „Ernährungssouveränität“. Damit ist das Recht jedes einzelnen und jeder Gemeinschaft gemeint, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen und die Nahrungsmittel selbst zu produzieren. „Ernährungssouveränität“ ist nur zu verwirklichen, wenn die Kontrolle über die Produktionsmittel wie Land, Saatgut, Wasser usw. in den Händen der (kleinen und mittleren) Bauern und Bäuerinnen liegt. (14)

Das Konzept der Ernährungssouveränität von La Via Campesina bekam im Frühjahr 2008 durch den Bericht des Weltagrarrates von unerwarteter Seite Unterstützung. Die Forderungen und Vorschläge des Weltagrarrates, einem Gremium von mehr als 400 Experten/innen aus Wissenschaft und Politik, sind umfassender und eindeutiger als das Konzept der Ernährungssouveränität. Drei Jahre dauerte es, bis der sogenannte **Weltagrarrat** fertig war, und das Abschlussdokument von 58 Regierungen unterzeichnet wurde. (15) Das Ergebnis ist sensationell, denn es wird eine **radikale Wende in der Agrarpolitik** gefordert, die hier nur in wenigen Stichworten charakterisiert werden kann: Die industrielle, energieintensive Landwirtschaft mit ihren negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur ist der falsche Weg und die Fixierung auf Technologie missachtet die sozialen und politischen Ursachen von Hunger und Armut. Die Anwendung von Gentechnik und die daran geknüpften Erfolgserwartungen werden skeptisch und als Gefahr insbesondere für die Entwicklungsländer beurteilt, ebenso die Machtkonzentration bei den transnationalen Konzernen. Landwirtschaft sollten hingegen den jeweiligen ökologischen und sozialen Gegebenheiten angepasst und nachhaltig sein, Forschung und landwirtschaftliche Praxis sollen nach Erhalt der Biodiversität streben, die Nahrungsmittelproduktion soll re-regionalisiert werden. Diese Revision des herrschenden Agrarmodells, insbesondere was das Infragestellen der Gentechnik betrifft, ging einigen Teilnehmer/innen des Agrarrates zu weit, sie verließen das Gremium vorzeitig: Es waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die im Sold von Konzernen der Agrarchemie, der Bio- und der Gentechnologie standen. (16)

Anmerkungen

(1) Der Gipfel der Preissteigerungen wurde 2007/2008 erreicht. Aktuell, d.h. iIm September 2008, fallen dank guter Ernten die Preise bei Getreide und Ölfrüchten wieder, ebenso sinken die Milchpreise infolge von Überschussproduktion. Doch um genau zu sein: Die Bauern/Bäuerinnen erhalten wieder weniger für ihre Produkte, der Milchpreis in Europa droht sogar unter die Gestehungskosten zu sinken. Die Preise für das verarbeitete Endprodukt im Einzelhandel scheinen jedoch von den niedrigeren Rohstoffpreisen unbeeinflusst zu sein.

(2) <http://www.fao.org/newsroom/en/news/2008/1000923/index.html>, 19.9.2008

(3) Jakob von Uexküll in einem Interview. Schrot & Korn, Juli 2008

(4) Inzwischen haben sich die ökologischen Vorteile der Agrotreibstoffe als Chimäre erwiesen: Die CO₂-Bilanzen sind sowohl bei Agrosprit (Ethanol) als auch bei Agrodiesel negativ, die Energiebilanzen sind schlecht und volkswirtschaftlich ist das Ganze unrentabel. „Agrosprit. Wie er zum Welthunger beiträgt – und was ihr dagegen tun könnt. SOL, Zeitschrift für Solidarität, Ökologie und Lebensstil Nr. 132, Sommer 2008. Oxfam-Briefing-Paper: Agrokraftstoffe für Europa – Verelendung im Süden: Mit Biosprit in die Armut? Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org>. W&E-Hintergrund, November 2007, 8.8.2008

(5) Sh. hiezu die Anschaulichen Vergleiche und Zahlen sh. bei Rudolf H. Strahm: Warum sie so arm sind. 2. Aufl., Wuppertal 1985, S.55

(6) Pikanterie am Rande: Nach dem BSE-Skandal im Jahre 2000 stiegen in Deutschland die Sojaimporte aus Brasilien um 73 %. So wurde das Verbot der Verfütterung von Tiermehl zu einer wesentlichen Antriebskraft zur Steigerung der Sojaproduktion in Brasilien und damit zur weiteren Zerstörung des Regenwaldes Amazoniens. Michael Braungart: Umwelt- und Sozialfolgen der Verfütterungsverbote für tierische Proteine. EPEA-Internationale Umweltforschung GmbH (Hrsg.), Books on Demand, 2003, 21.8.2008

(7) Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Ernährung in einem Interview in ARTE Info im Mai 2008, zitiert bei Daniel Stern: Lebensmittelpreise. Hunger nach Rendite:

Zitiert in: DieWochenzeitung, 8.5.2008. http://www.woz.ch/artikel/print_16329/, 28.7.2008

(8) Marcel Mazoyer, emeritierter Professor für Agronomie an der Universität AgroParisTechin Paris, in einem Interview in der „WOZ Die Wochenzeitung“ im April 2008. http://www.woz.ch/artikel/print_16159.html, 28.7.2008

(9) Haiti war vor 30 Jahren bei Reis fast Selbstversorger, heute importiert es den Reis fast vollständig aus den USA. Z.B. konnte Mexiko seine Bevölkerung nicht mit im Lande produzierten Getreide ernähren. Seit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) ist es von Importen aus den USA abhängig. (Wahlberg 2008b)

(10) Nur ein Beispiel für die systematische Zerstörung der afrikanischen Selbstversorgung durch die Dumping-Exporte der Europäischen Union: Jean Ziegler beschreibt einen Markt in Dakar, wo Gemüse und Obst aus Europa verkauft wird, das nur ein Drittel oder die Hälfte der gleichwertigen einheimischen Produkte kostet. (Ziegler 2008, 13) Vgl. auch George 1980.

(11) Nach: Magnolia Bernardes: Brasilien: Widerstand gegen Agrobusiness. In: Aufbrüche. Impulse aus dem gewaltfreien Kampf in Lateinamerika. Nr. 55, Juni 2008, S.9

(12) Hans Herren, stellvertretender Vorsitzender des Weltagrarrates in einem Interview im Juni 2008. <http://www.genethisches-netzwerk.de/gid/188/man-kann-potenzial-nicht-essen>, 3.8.2008

(13) Daraus folgert Franz Fischler, ehemaliger österreichischer Landwirtschaftsminister und EU-Agrarkommissar in einem Interview: „Die Bauern müssen sich zusammenschließen“. Südwind-Magazin, Juni 2008[M6]

(14) Im Mai 2007 fand ein Weltforum für Ernährungssouveränität in Mali statt. <http://www.nyeleni2007.org/>

(15) International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development, (IAASTD): Executive Summary of the Synthesis Report. http://www.agassessment.org/docs/SR_Exec_Sum_280508_English.pdf, 5.8.2008. Regierungsvertreter Australiens, Kanadas und der USA unterzeichneten sie nicht., sie hatten gegen einige Passagen Vorbehalte, die im Annex vermerkt sind.

(16) Interview mit Hans Herren, sh. Anm. 129

Literatur

Attac (2008a): Hungerkrise dank globalisierter Landwirtschaft. <http://www.attac.de/aktuell/nahrungsmittelkrise/einfuehrung/?type-98>, 15.9.2008;

Attac (2008b): Lebensmittelkrise? Landwirtschaft in der Krise! Sh. Anm. 1

Eberhardt, Pia (2005): Dick im Geschäft. Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness. Berlin:Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

FAO (2008): High-level conference on world food security: The challenges of climate change und bioenergy. Rome, 3 – 5 June 2008. Soaring food prices: Facts, perspectives, impacts and actions required. <http://www.fao.org/filadmin/user-upload/foodclimate/HLCdocs/HLC08-inf-1-E.pdf>. 18.9.2008

George, Susan (1980): Wie die anderen sterben. Berlin, 2. Aufl.: Rowohlt

Mooney, Pat Roy (1981): Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern. Hamburg: Rowohlt

Priebe, Hermann (1988): Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt. 3. Aufl. Berlin: Siedler

Wahlberg, Katarina (2008a): Vor einer globalen Nahrungsmittelkrise? Die Explosion der Agrarpreise und die Armen. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, Nr. 03-04/2008 (<http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org>)

Wahlberg, Katarina (2008b): Ursachen und Strategien gegen den Welthunger: Grüne Revolution versus nachhaltige Landwirtschaft. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, Nr. 05/2008

Witzke, Harald von (2008): Weltagrarmärkte: Herausforderungen und Chancen für die EU Landwirtschaft. In: Agrarische Rundschau, 4.5.2008

Ziegler, Jean (2008): Das Imperium der Schande. München: Goldmann

Wie viel Wasser wollen wir essen?

von **Alexander Öze**
(Rotes Kreuz,
alexander.oeze@roteskreuz.at)
und
Philipp Stanzel
(BOKU, ph.stanzel@gmx.net)
sind Wasserwirtschaftler

Während journalistische Zukunftsperspektiven lange Zeit zu dem Schluss kamen, dass die nächsten Kriege nicht um Öl, sondern um Wasser geführt werden würden, wurde mit dem sprunghaften Anstieg der Lebensmittelpreise am Beginn dieses Jahres ein neuer Krisenherd entdeckt: die Nahrungsmittelversorgung. Bei dieser krisenhaften Entwicklung spielen nun sowohl Öl als auch Wasser eine entscheidende Rolle. Ein steigender Ölpreis hat einerseits direkte Auswirkungen auf die Produktionskosten von Nahrungsmitteln: Düngemittel, Pestizide und Transport werden teurer. Indirekt mit den Zukunftsaussichten der fossilistischen Wirtschaft hängt die steigende Nachfrage nach biofuels bzw. die Antizipation einer solchen Nachfragesteigerung an den Finanzmärkten zusammen, die ebenfalls zum Preissprung bei Nahrungsmitteln beitragen.

Wasser in der Landwirtschaft

Grundlage für die Produktion von Lebensmitteln ist die Landwirtschaft und hier in entscheidendem Ausmaß Wasser. Das Vorhandensein bzw. die Abwesenheit von Wasser ist einer der wesentlichen limitierenden Faktoren, wie gut Pflanzen die Sonnenenergie in Biomasse umwandeln können. Der Prozess der Verdunstung ermöglicht den Transport von Wasser und Nährstoffen aus dem Boden in die Pflanze. Über 60% des gesamten Wassers, das durch Regen auf die Landoberfläche fällt, wird durch Verdunstung von Pflanzen verbraucht. Rund 6,5 % des gesamten Regenwassers wird bei landwirtschaftlicher Produktion verdunstet. Der Verbrauch in Städten und durch Industrie beträgt global gesehen nur 0,1% des verfügbaren Wassers. Diese Größenordnungen zeigen sich auch im privaten Verbrauch einEr BewohnerIn der Industrieländer: rund 3500 l Wasser pro Tag für Nahrung gegenüber rund 50 l pro Tag an sonstigem Verbrauch.

Eine globale Betrachtung des Wasserkreislaufs ist allerdings wenig aussagekräftig. Die Verteilung von Wasser ist sowohl räumlich als auch zeitlich extrem ungleich. In vielen Gebieten mit günstigen Voraussetzungen für Landwirtschaft aufgrund von

starker Sonneneinstrahlung fällt wenig oder zeitlich ungünstig verteilter Niederschlag. So hätten viele tropische und subtropische Regionen im Mittel betrachtet ausreichend Niederschlag für produktive Landwirtschaft, der allerdings in Form von kurzen Monsun-Ereignissen fällt (die oft auch zu katastrophalen Überschwemmungen führen) und ohne entsprechende längerfristige Speicherung für die Pflanzenproduktion verloren ist.

Die Überwindung der zeitlichen und räumlichen Unterschiede der Wasserverfügbarkeit ist eines der zentralen Elemente landwirtschaftlicher Strategie. Dafür entwickelte Praktiken umfassen die Speicherung und Umleitung von Wasser für Bewässerung, an natürliche Grenzen angepasste Produktionsformen, Züchtungen optimierter Pflanzenarten und Ausgleich regionaler Beschränkungen durch Handel von Lebensmitteln. In den letzten 50 Jahren führten intensiverte Bemühungen (z.B. unter dem Schlagwort der Grünen Revolution) dazu, dass der stark gestiegene Bedarf an Nahrungsmitteln global gesehen gedeckt werden könnte. Dennoch leiden rund 850 Millionen Menschen aufgrund von Armut an Unterernährung. Weder diese beschämende Tatsache noch die Entwicklung der Lebensmittelpreise kann derzeit auf globaler Ebene auf eine Krise der Lebensmittelproduktion

zurückgeführt werden. In Zukunft ist aber eine krisenhafte Entwicklung aufgrund bestimmter Trends zu befürchten.

Problematische Entwicklungen

Die stark intensivierte Landwirtschaft hat fast überall zu Beeinträchtigungen der Wasserressourcen geführt. Die nicht nachhaltige Nutzung von Grundwasser führt in vielen Regionen zu rasch sinkenden Grundwasserspiegeln – die weitere Entnahme wird damit immer aufwändiger und teurer. Das Wasser vieler Flüsse wird praktisch zur Gänze für Bewässerung verbraucht. Verschmutzungen durch Landwirtschaft und Industrie wirken sich aufgrund geringerer Wasserführung verstärkt aus. Flussabwärts lebenden NutzerInnen fehlen damit die Grundlagen für Landwirtschaft und Fischerei.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft sind im Detail derzeit noch schwer abzuschätzen. Der globale Temperaturanstieg kann regional zu mehr oder auch zu weniger Niederschlag führen. Eine generelle Zunahme der Variabilität des Niederschlags wird allerdings von den meisten Klimaszenarien prognostiziert. Unabhängig von der Entwicklung der Niederschlagsmengen sind daher

häufigere Dürreperioden zu erwarten. Die drastischsten Auswirkungen werden für den Mittelmeerraum und das sub-saharische Afrika befürchtet. Den Produktionssystemen, die an die bisherigen klimatischen Bedingungen angepasst waren, könnte damit die Grundlage entzogen werden.

Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln wird weiterhin steigen. Dafür verantwortlich ist nicht nur das Bevölkerungswachstum an sich, sondern vor allem auch die Veränderung der Konsumgewohnheiten. Mit zunehmendem Einkommen verschiebt sich die Zusammensetzung des Speiseplans zu Produkten mit höherem Wasserbedarf in der Produktion. So braucht die Produktion von 1kg Weizen etwa 500-4.000 l Wasser, 1 kg Fleisch benötigt hingegen 5.000 – 20.000 l. In den Industrieländern werden derzeit 70% der Getreideproduktion an Vieh verfüttert. Nicht jede Fleischproduktion kann aber als Verschwendung von Wasser angesehen werden. So verwerten z.B. Kühe, die Steppengras fressen, Wasser, das für sonstige Nahrungsmittelproduktion ohnehin nicht zur Verfügung gestanden wäre.

Gleichzeitig mit der steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln soll die Landwirtschaft in zunehmendem Maß auch zur Deckung des Energiebedarfs beitragen (Stichwort biofuels). Daher ergibt sich innerhalb der Landwirtschaft eine Konkurrenz

zwischen Nahrungsmittel- und Energieträgerproduktion um Boden und Wasser. Darüber hinaus steht der landwirtschaftliche Wasserbedarf vermehrt in Konkurrenz mit dem Bedarf von wachsenden Städten und ihrer Industrie.

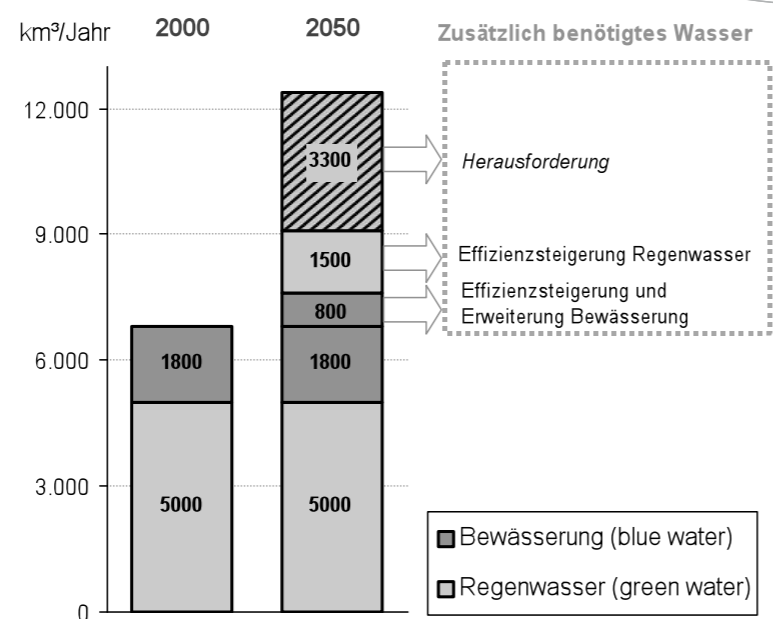
Lösungsansätze

Pessimistische Szenarien für die Entwicklungen in der Landwirtschaft gehen von einer Verdoppelung des weltweiten Wasserbedarfs bis 2050 aus. Ein Teil der gesteigerten Nachfrage kann durch Steigerung des Ernteertrags in bestehenden landwirtschaftlichen Anbauflächen gedeckt werden. Die Wassermengen, die durch ertragssteigernde Maßnahmen potentiell verfügbar werden könnten, werden in ihren Größenordnungen in der Graphik dargestellt. Das deutlich größere Potential liegt in durch Regenwasser gespeister Landwirtschaft – Investitionen und Forschung in diesem Bereich wurden lange zugunsten von Bewässerungslandwirtschaft vernachlässigt. Das sub-saharische Afrika birgt dabei besonders große Möglichkeiten. In dem in der Graphik dargestellten Szenario für das Jahr 2050 wird jedoch eine weitaus größere Menge an zusätzlichem Wasser für Landwirtschaft benötigt. Wie sich dieser zusätzliche Bedarf aufgründ

von steigender Nachfrage nach Lebensmitteln tatsächlich entwickelt, hängt - neben den Entwicklungen des Bevölkerungswachstums und des Konsumverhaltens - vor allem von Effizienzsteigerungen in der Verwertungskette von dem/r ErzeugerIn zum/r KonsumentIn ab.

Schätzungen der Verluste in der Verwertungskette von Lebensmitteln gehen sowohl für Industrieländer wie für Entwicklungsländer von 25 bis 35% der gesamten Produktion aus. In Entwicklungsländern fällt der Großteil der Verluste bei Ernte und Lagerung an. In den Industrieländern ergeben sich die Verluste dadurch, dass ein signifikanter Teil der Lebensmittel obwohl essbar weggeworfen wird.

Eine Reduktion der Nachfrage durch geringere Nahrungsmittelverluste und nachhaltigeres Konsumverhalten in den Industrieländern könnte den Druck auf die landwirtschaftlichen Ressourcen verringern. Wasser, das nicht in der Nahrungsmittelproduktion verbraucht wird, könnte anderen Nutzungen zur Verfügung stehen - oder eine umweltverträglichere Landwirtschaft ermöglichen. Verschiedene politische Maßnahmen könnten dazu beitragen. Ob aber nachfrageorientierte Ansätze unter den Bedingungen einer Agrar- und Lebensmittelindustrie, deren primäres Ziel nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erwirtschaftung von Profit ist, überhaupt Erfolgsaussichten haben, bleibt dahingestellt.



Zukunftsszenario landwirtschaftlicher Wasserbedarf (Quelle: SIWI 2005)

Anmerkungen

Daten und Zahlen wurden folgenden Quellen entnommen, in denen weiterführende Informationen nachgelesen werden können:

Comprehensive Assessment of Water Management in Agriculture, 2007. Water for food, water for life: A comprehensive assessment of water management in agriculture: Summary. London, UK, Colombo, Sri Lanka: Earthscan Publications, IWMI

Download unter <http://www.iwmi.cgiar.org/Assessment/>

Lundquist, J., de Fraiture, C., Molden, D., 2008. Saving water: from field to fork - Curbing losses in the food chain. SIWI

Policy Brief, Stockholm International Water Institute

SIWI, IFPRI, IUCN, IWMI, 2005. Let it reign: the new water paradigm for global food security. Final report to CSD-13. Stockholm International Water Institute

Download unter <http://www.siwi.org/sa/node.asp?node=167>

Die Banalität des Bösen

von Alice Vadrot
Diplomandin am ipw

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Expansion des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“ (Marx/Engels 1970: 383ff) und somit nicht nur den Grundstein für die Entwicklung neuer Mechanismen der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen gelegt, also neue Formen der Aneignung der Natur geschaffen, sondern gleichsam kraft seines Verdichtungscharakters sowohl die Entstehung neuer Regulierungsmechanismen als auch die Etablierung des Politikfeldes Umweltpolitik in die Wege geleitet.

„Wie funktioniert internationale (Umwelt-)Politik?“, so auch der Titel des FOPs unter der Leitung Ulrich Brands, als dessen Höhepunkt zweifelsfrei der unmittelbare Kontakt zum Forschungsgegenstand selbst angesehen werden kann, nämlich zum Terrain der UN-Verhandlungen im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) im Mai 2008 in Bonn. Die Funktionsweise internationaler Umweltpolitik an der Gradwanderung zwischen dem Schutz globaler Güter, Interessensausgleichen und der Reproduktion hegemonialer Ordnungen sowie der Sedimentierung von Marginalisierungsprozessen galt es anhand fünf zentraler Forschungsfragen zu beleuchten, welche von der Rolle der Länder des Südens, geistiger Eigentumsrechte und Verhandlungsdynamiken, über die Frage nach einem Access and Benefit sharing-

Regime bis hin zu der Beleuchtung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik reichen.

Die zum Zwecke der Erhellung der einzelnen Problemstellungen zu interviewenden Primärquellen bewegten sich in immer rasanerem Tempo auf einem enormen Territorium, auf welchem täglich tausende TeilnehmerInnen rotierten: DiplomatenInnen, NGO-Mitglieder, Vorsitzende indigener Interessensgemeinschaften, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und VertreterInnen einer Kategorie, die sich Business nannte. (Der Sekretär der CBD, Ahmed Djoghla, präziserte die Zugehörigkeit dieser Gruppe zu „Green Business“ und wies darauf hin, dass ein Erfolg der CBD ohne deren Partizipation nicht möglich sei: „There will be nature and business.“) Der strukturelle und personelle Aufwand, der den Ablauf der neunten Conference of the parties begleitet, der beunruhigende Lärmpegel, überlappende Veranstaltungen, sowie die sichtbare Orientierungslosigkeit einiger TeilnehmerInnen, von der mangelnden Übersetzung englisch dominierter Verhandlungsgespräche im Rahmen einiger Arbeitsgruppen ganz zu schweigen, eröffneten ein Problemfeld, welches als solches in die zuvor erarbeiteten Wissensbestände und theoretischen Überlegungen nur sehr marginal Einzug gehalten hatte, jedoch die Frage aufwirft, inwieweit „banale“ äußere Einflüsse in Verhandlungsdynamiken eindringen und welchen Einfluss dies auf nationale Strategieentwicklungen und die Global Governance-Architektur hat.

Die angeführten Bedingungen, welche sich in die Kategorien der Kontroll- und Selektionsmechanismen eingliedern lassen, sind allerdings nur ein kleiner Teil einer beobachtbaren Reproduktion

hegemonialer Machtstrukturen und neoliberaler Denkweisen, in welchen meist nur aus political correctness die Forderung nach einer Inklusion indigener InteressenvertreterInnen aufleuchtet. Die einzelnen Interviews haben den Fatalismus aufgezeigt, welcher hinter dieser saloppen Formulierung steckt. Der Wille nämlich zur Integration sowohl nichtstaatlicher AkteurInnen als auch die Wahrnehmung der Bedürfnisse indigener Interessensgemeinschaften, so behaupte ich, ist grundsätzlich vorhanden. Die Einsicht beispielsweise, dass indigenes Wissen ebenso zum Tragen kommen soll wie wissenschaftliche Expertise, ist prinzipiell bei einer Vielzahl der Interviewten erkennbar, jedoch mangelt es hinsichtlich der Frage nach integrierenden Mechanismen und dem strukturellen Design an Vorstellungsvermögen, was die Fähigkeit den Gedanken der Integration zu Ende zu denken minimiert. Anders ausgedrückt ist es die permanente intentionale und nicht-intentionale Eingliederung jeglicher Ordnungsmuster in politische Regulierungsprozesse unter den Vorzeichen einer neoliberalen Logik, welche sowohl die Tendenz einer Inwertsetzung jeglicher Ressourcen forciert, als auch den Diskurs um die Paarung der Aneignung der Natur mit dem Schutz der Natur animiert. Sichtbar werden diese sich sedimentierenden Bedeutungen anhand von Begriffen wie „Green Business“, welches sich der Eindämmung der Erosion der Biodiversität verschrieben hat. Wie internationale Umweltpolitik funktioniert?

Sie funktioniert.

Anmerkungen:

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1970): Manifest der Kommunistischen Partei, in: ebd. Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 1, Frankfurt a. M.: Marxistische Blätter, 383-415, 418ff.

„Hühnerwahnsinn“, Vogelgrippe, Chlorhühner und ein Markt in Kamerun

Vom „glücklichen“ Huhn zum Parade-Tier der industrialisierten Landwirtschaft und des globalen Lebensmittelhandels – ein Essay

von Gerti Zupanich

Absolventin am ipw und
Redaktionsmitglied

Essen, ein Grundbedürfnis, sollte nicht nur Nahrungsaufnahme, sondern auch ein Lustgewinn sein. Für die EuropäerInnen scheint dies zuzutreffen, beobachtet man/frau die unzähligen Kochshows im Fernsehen, die uns derzeit überschwemmen. Dort wird mit immer größerer Finesse an der Zubereitung und Zusammenstellung der Mahlzeiten herumgetüftelt. Es geht uns nicht mehr darum, nur eine sättigende Speisenfolge zu konsumieren, es muss dem eigenen Auge und jenem der zu bewirtenden Gäste gefallen, möglichst aus Zutaten und Gewürzen exotischen Länder bestehen und uns zu Höchstnoten für den Koch/die Köchin inspirieren: Lustfaktor garantiert!

Ganz anders die Situation auf den lokalen Märkten irgendwo in Afrika oder Asien. Da geht es wirklich um ein Grundbedürfnis, das sich immer weniger Menschen leisten können, weil die Preise, nicht nur beim Fleisch, sondern auch bei Reis und Getreide, rasant angestiegen sind. Wenn man/frau die Szenen im Film „Hühnerwahnsinn“ (1) sieht, vergeht uns EuropäerInnen die Lust. Auf einem Kameruner Markt liegen – ungekühlt – Hühnerfüße und Köpfe in Haufen am Boden und sollen so KäuferInnen anlocken. Stellen die Hühnerköpfe mit den starren Augen und die gelben Hühnerfüße eine Delikatesse der AfrikanerInnen dar? Absolut nicht, denn vor einigen Jahren konnten sie sich noch ganzes Geflügel leisten, produziert vom heimischen Markt, der von Entwicklungshilfeorganisationen mit Krediten zur Umstellung angeregt wurde. Jetzt müssen die Frauen auf diejenige Ware zurückgreifen, die die EuropäerInnen zu Hause nicht wollen. Diese bevorzugen magere Hühnerbrüste, bestenfalls die prallen Hühnerschenkel, möglichst alles ohne Haut, des Cholesterins wegen. Der Rest, früher nur als Tierfutter verarbeitet, geht nach Afrika.

Noch in den frühen Fünfzigerjahren liefen die glücklichen Hühner in den Kleingärten und bäuerlichen Anwesen gackernd und scharrend herum, hatten sogar ein

Sexualleben mit einem stolzen Hahn. Ihr Glück endete nur, wenn die Füchse nachts ein mörderisches Gemetzel anrichteten, oder das Alter sie in den Suppentopf zwang. Die Poularden (2), früher ein Gericht der Reichen, wurden mit wachsendem Wohlstand Allgemeingut für die NormalverbraucherInnen. „Backhendlstationen“ öffneten allorts und gipfelten in der Restaurantkette „Wienerwald“, die zur größten europäischen Fast Food-Kette noch vor McDonalds wurde, gemäß dem Motto: „Heute bleibt die Küche kalt, wir gehen in den Wienerwald“.

Dementsprechend schnell wurden – mussten sogar – Geflügelfarmen mit riesigem Bestand errichtet werden, um den Bedarf zu decken. „Glückliche Menschen“ contra „glückliches Huhn“, der Mensch siegte. Weil die Hühner nur im Alter von sechs bis acht Wochen gut als „Backhendl“ schmecken (und wegen der kurzen Zeit nur wenig Kraft- und Hormonfutter verbrauchen), gab es keinen Nachwuchs für das Eierlegen. Der westliche Mensch ist erfinderisch. Wer dem Backhendlalter entwuchs, kam in die Legebatterie. Doch die Natur zog nach: gleichauf mit der industriellen Haltung begannen sich Salmonellen (3) bequem ins Hühnerfleisch und in den Eiern einzunisten, ihrerseits der Vermehrung zuliebe. Halbe Belegschaften der Werksküchen von Betrieben wurden von Übelkeit und Durchfall erfasst und mussten ärztlich behandelt werden.

Kaum erholt von den Salmonellen – der besseren Kontrolle und Aufklärung wegen – drohte uns und dem Geflügel ein neues Schreckgespenst, die „Vogelgrippe“ (4). Ausgehend von Asien breitete sie sich rasant und global aus, zerstörte die Existenzen der GeflügelfarmerInnen und alles, was irgendwie fliegen konnte und Federn hatte, geriet in Bedrängnis. Ein weltweiter Vernichtungsfeldzug setzte ein. Man machte sich nicht einmal die Mühe zu schlachten, sondern verbrannte oder erstickte die Tiere noch lebend, sobald sich der geringste Verdacht einer Ansteckung zeigte. Der Geflügelmarkt brach völlig zusammen. Wir EuropäerInnen konnten auf andere Fleischsorten zurückgreifen. Schlimm traf es die Familien in den Ländern, wo das Geflügel quasi Hausmitglied und einzige Fleischquelle ist.

Von der Vogelgrippe hören wir derzeit nichts mehr. Gewonnen hat dabei die Pharmafirma, die das „Tamiflu“ (5) auf den Markt brachte, mit dem sich die reicheren Länder vorsorglich eindeckten. In unseren Haushalten lagert seither Tamiflu in Familiengröße. Wir sehen sorgenvoll aufs Ablaufdatum, ob es bis zur nächsten Krise noch hält?

Alles Gefiederte darf hoffen, wieder gefahrlos zu leben und uns beginnen die Hühnerbrüste und Hühnerschenkel aufs Neue zu schmecken. Was uns nicht mehr gut genug ist, wird exportiert, inklusive Salmonellengefahr.

Ist aller „Wahnsinn“ ums industrielle Huhn ausgestanden? Tobt da nicht ein Handelskrieg zwischen EU und den USA? Dabei geht es um die „Chlorhühner“. Eine in den USA durchaus übliche Methode, geschlachtetes Mastvieh keimfrei zu halten, ist, sie mit Chlorverbindungen zu besprühen. Diese Desinfektionsmethode war in Europa bisher verpönt, weil sie als gesundheitsgefährdend eingeschätzt wurde. Das kam zehn Jahre lang quasi einem Embargo des US-Geflügels gleich. Die USA strebt daher ein Tauschgeschäft an: „Lasst ihr unser gechlortes Hühnerfleisch nach Europa kommen (Handelsvolumen ca. 180 Mio. Dollar), kommen wir euch beim Wunsch nach ungehinderten Export von Elektrogeräten in die USA entgegen“. Wie überhaupt das Fallen des Geflügelembargos eine der Voraussetzungen für das Vorankommen eines transnationalen Wirtschaftsbündnisses sei? Kommissar Verheugen ließ eine neue Studie ausarbeiten, die European Food Safety Authority (EFSA) hat anscheinend ihre Bedenken überdacht, und man ist nach zehn Jahren zu der Erkenntnis gekommen: durch die Chlorbesprühung, kämen keine giftigen Substanzen in das Hühnerfleisch, daher kaum eine Gesundheitsgefährdung (6).

Wenn euer Backhendel künftig nach Schwimmbecken riecht, nicht denken, runter damit!

Anmerkungen

(1) Titel entlehnt dem Film „Hühnerwahnsinn“, Marcello Farragi, D 2006

(2) Poularde, junge Masthühner, die vor der Geschlechtsreife geschlachtet werden.

(3) Salmonellen sind Bakterien in vielen Varianten, die in warm- und kaltblütigen Tieren und in Eiern von infiziertem Geflügel vorkommen. Bei Erhitzung der Lebensmittel auf 75 Grad sterben die Bakterien ab.

(4) „Vogelgrippe“ wird umgangssprachlich als Bezeichnung für eine Viruserkrankung, hervorgerufen durch Influenzaviren, übertragen von verseuchten Tieren (Vögel, Geflügel), verwendet. In der Veterinärmedizin heißt sie „Geflügelpest“. Sie ist meldepflichtig.

(5) „Tamiflu“, bestehend aus Oseltamivir, ist ein Medikament zur Therapie der Influenza A und B Viren, ausgelöst durch Übertragung von Vögeln und Geflügel, entwickelt von der Fa. Roche.

(6) Quelle: <http://www.netzeitung.de/politik>, 15.5.2008, 12:52

Biolandwirte im Interview

Margarete Langerhorst (Ausbildung zur Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft in Österreich) und **Jakobus Langerhorst** (Ausbildung zum biologisch-dynamischen Gärtner in Holland) arbeiteten gemeinsam an verschiedenen biologisch geführten Betrieben in Deutschland, bis sie sich 1973 auf ihrem eigenen Hof in Oberösterreich niederließen. Die mittlerweile siebenköpfige Familie ernährt sich vegan und fast ausschließlich vom Eigenanbau, was bei einer Fläche von nur 3,4 ha (Gemüsefläche 1500 m²) gemeinhin als unmöglich gilt. Gemüse- und Obstanbau können durch die Mischkulturpraxis ohne tierische oder chemische Dünger erfolgen. Anfallende Kosten werden durch Verkauf von Lebensmitteln, aber auch durch Gartenführungen und Vorträge gedeckt. Ihre Arbeits- und Lebensweise sehen Margarete und Jakobus Langerhorst als Antwort auf Gesundheitsfragen, Klimawandel, Tierfabriken, Kapitalismus, Bevölkerungswachstum und Welthunger.

Was waren Ideen, Beweggründe und Ziele eine solche Art von Landwirtschaft zu entwickeln?

Margarete Langerhorst: In erster Linie aus ökonomischen Gründen, weil man mit weniger Land effektiver arbeiten kann. Aber auch aus sozialen Gründen, indem wir gesagt haben, wir leben ohne Tiere – dann brauchen wir nicht soviel Land. Und auch unsere Gesundheit war ein Grund; wir waren einfach nicht so gesund und dann haben wir gesehen, wenn wir vegan leben, dann geht's uns einfach besser. Dann haben wir geschaut, wie wir das in der Praxis umsetzen, und haben uns da viel von der Natur abgeschaut, etwa das Bodenmulchen oder dass Pflanzen in Gemeinschaft wachsen. Und Hecken anzupflanzen, damit ein Kleinklima geschaffen wird, in welchem die Vogelwelt und alle Insekten und Bodenlebewesen Lebensraum haben. Das Ganze hilft, dass das biologische Gleichgewicht erhalten bleibt. Und so haben wir auch Schädlingsbekämpfung kaum nötig. Das war uns einfach wichtig – gesunde Nahrung zu erzeugen.

Haben sich die Ideen und Ziele geändert oder sind sie immer noch die Gleichen wie am Anfang?

Margarete Langerhorst: Es ist immer das Gleiche. Wir können mit wenig Land leben – vom Land; und wir können mit dem wenigen Land so sehr viel anfangen, brauchen keine Maschinen, die uns helfen, das Land zu bewirtschaften. Das ist wirklich der Hauptgrund. Und das Praktische dabei ist ja, dass die Art, wie wir anbauen, für alle Hausgärten zu übernehmen ist. Und darum kommen die Leute auch gerne zu uns und schauen, wie wir das machen und nehmen sich das dann mit, was sie für sich selbst brauchen können, in ihrem eigenen Garten und in ihrem eigenen Leben.

Die Lebensweise ist damit auch verknüpft?

Margarete Langerhorst: Ja, ja, also bei uns ist eigentlich das Leben, das Denken und das Arbeiten alles eins. Wir leben und arbeiten vegan und wir denken auch so – aber es ist kein Fanatismus dahinter. Also wir meinen nicht, dass es die ganze Welt so machen müsste, sondern für uns ist es einfach total praktisch, weil wir dadurch einfach nicht so viel Land brauchen, keine Maschinen brauchen und mit weniger Geld das ganze Leben bewältigen können.

Aber trotzdem versucht ihr, das weiterzugeben?

Margarete Langerhorst: Ja, einfach aus dem Grund, weil die Leute uns danach fragen. Also wir gehen nicht hinaus

und sagen das, ohne gefragt zu werden, sondern wenn die Leute uns einladen für Vorträge, dann sagen wir das. Und die Leute, die zu uns kommen, die kommen aus Freiwilligkeit. Die wollen hören und anschauen, wie wir leben und schauen dann, was sie selbst für sich verwirklichen können.

Würdest du sagen, dass das auch politisch ist?

Margarete Langerhorst: Ja, das könnte man schon so sagen, weil es ja den Menschen hilft, indem sie leichter gesund bleiben. Das ist einmal ein ganz wichtiger Punkt, der automatisch die Krankenkassakosten senkt. Also unsere Krankenkassa kann sich jedenfalls nicht beklagen, dass sie viele Ausgaben für unsere große Familie hätte. Das

ist auf alle Fälle auch politisch, ohne dass wir jetzt direkt Politik betreiben. Ganz einfach durch unser eigenes Leben, durch unseren Lebensstil, durch unsere einfache, wirklich überlegte Lebensweise, die total übereinstimmt mit allem, was wir machen, denken, sagen – ja, ich würde schon sagen, dass das politisch ist.

Gab es eine Vorbildwirkung für biologische Landwirtschaft in Österreich?

Margarete Langerhorst: Wir haben schon viel verändert. Wir haben sicher viele Menschen beeinflusst. Wir sind hierher gezogen, da wussten die Menschen nicht einmal mit dem Wort »biologische Landwirtschaft« etwas anzufangen. Und dadurch dass wir dann einfach so gelebt haben und so gearbeitet haben, haben

die Leute gesehen: aha, so geht das auch. Und viele Leute, sowohl hier in der Gegend, als auch in anderen Ländern, haben sich einiges abgeschaut, was für sie einfach brauchbar war. Also das ist jetzt ein ganz ein großer Unterschied. Die ganze biologische Bewegung, da waren wir ja ganz am Anfang dabei. Und viele Menschen schauen auf uns.

Jakobus Langerhorst: Auf die Frage, ob es auf den biologischen Landbau überhaupt Einfluss hatte: Natürlich haben wir früher auch Vorträge gemacht, aber man muss da vorsichtig sein, wenn man zu normalen Landwirten spricht – man muss sich zurückhalten, mit den eigenen Ideen, das hat dort nichts verloren. Und da hab ich auch mal Fehler gemacht, hab das aber auch gleich gemerkt. Was wir hier machen,

ist schon etwas, was man weitergibt an Leute, die kommen und Interesse haben. Die das wissen wollen. Wir gehen nicht damit hinaus, das ist ganz wichtig. Das Wissen über die Grundprinzipien biologischer Landwirtschaft, die sind ja immer die Gleichen, sei es Gartenbau oder die übliche Landwirtschaft, dieses Wissen kann man schon weitergeben. Aber so über die Zusammenhänge mit der Lebensweise und das sparsame Umgehen mit Ressourcen, oder mit Nahrung und ohne Viehwirtschaft – das ist eigentlich etwas, was mehr für Interessierte gehört. Sonst schafft man Unfrieden.

Das Interview führte

Therese Fuchs

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Energieverknappung, steigende Öl- und Benzinpreise

Politix fragt nach beim Umweltsprecher der Wiener Grünen Rüdiger Maresch

Die Grünen hatten zur Einschränkung des Individualverkehrs vor Jahren den Vorschlag gemacht, den Benzinpreis auf ÖS 20 anzuheben und sind dafür vehement kritisiert worden. ÖS 20 wären heute € 1,45, ein Preis der schon oft an den Tankstellen zu sehen war. Ist das nicht auch eine große Chance die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zum Umdenken zu bewegen?

Maresch: Der Benzinpreis ist ohne Zutun von unserer Seite so hoch gestiegen. Deshalb bleiben Mobilität und Verkehr, neben anderen Umweltthemen, ein „grünes Thema“. Es gibt eine Fülle von Anregungen um persönlich Treibstoff zu sparen. Aber auch Bundes- und Landesregierungen sollten ihren Beitrag dazu leisten. Da sehe ich großen Handlungsbedarf, besonders beim öffentlichen Verkehr. Bei uns in der Stadt würde das

leichter zu bewältigen sein, als auf dem Land. Unter einer Strecke von 2,5 km sollten wir zu Fuß gehen. Wir können mit der U-Bahn, mit den Bims und mit dem Rad fahren, mit dem ich zum Beispiel schneller im Rathaus bin, als mit den Öffis. Dass dies funktionieren würde, sieht man, wenn Schnee in Wien fällt und die Autos stehen bleiben, oder auch bei der EM 08, wo der Ring gesperrt war. Manchmal braucht es eben Regelungen, um den Individualverkehr einzudämmen. Beispiele sind London, wo die Citymaut eingeführt wurde, oder Paris und Stockholm, wo die Innenstadt gemieden wird, weil es zu wenige Parkplätze gibt. Um mehr Menschen zum Umsteigen zu bewegen, müsste das Verkehrsnetz attraktiver und kostengünstiger sein. Für Kinder und Jugendliche sollte dies ohnehin ganzjährig gratis sein.

Wir sind in Österreich eigentlich nicht vorbereitet gewesen für den Ernstfall der steigenden Ölpreise und sind es weiterhin nicht. Der öffentliche Raum ist zugunsten des Autoverkehrs knapp geworden, der Lärm unerträglich. Für Betriebe gibt es Richtlinien über die Höchstbelastung der Lautstärke. Würde man dies etwa an manchen Stellen des Gürtels anwenden, müssten dort beim Leo (1) am Würstelstand Kopfhörer getragen werden. All das steht im Zusammenhang mit Verkehr und der Energieversorgung der Zukunft, mit der wir, unserer Kinder wegen, rücksichtsvoller umgehen müssten. So gesehen ist der hohe Ölpreis eine Chance zum Umdenken.

Klimawandel, Umwelt, Verknappung der Ressourcen und Spekulationsgeschäfte mit Nahrungsmitteln sind ein

globales Thema. Der CO₂-Austausch soll weltweit verringert werden. Die Industriestaaten scheinen sich da aus der Verantwortung zu stehlen, indem Emissionszertifikate (2) am freien Markt und auf der Börse zu kaufen sind, die dann zu Spekulationsgeschäften genutzt werden. Ist das nicht der falsche Ansatz zur CO₂-Reduzierung? Ich vermisse dieses Thema in der Öffentlichkeit.

Maresch: Für manche Firmen ist es eben günstiger, Emissionszertifikate zu kaufen, als selbst in Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu investieren. Baut eine Firma zum Beispiel in Griechenland ein Windkraftwerk, erwirbt sie Emissionszertifikate, die sie dann in Österreich verwenden kann. Österreich ist kein Umweltmusterland der EU mehr, ist fast Schlusslicht und nimmt Strafzahlungen ab 2013 in Kauf, die sich, aus derzeitiger österreichischer Sicht,

über die Mineralölsteuer und den Tanktourismus leicht finanzieren lassen. Über die Wärmedämmung an Häusern ließe sich viel Energie einsparen und damit der CO₂-Ausstoß verringern. Da liegt ein großes Potential brach, ebenso bei den Fotovoltaikanlagen. Beides gehört von der öffentlichen Hand besser gefördert. Ich meine, wenn die Gaspreise ab Jänner 2009 kräftig steigen werden und jeder Einzelne das zu spüren bekommt, wird mehr Druck in diese Richtung entstehen.

Seit Die Grünen ins Parlament gekommen sind (1986, Anm. d. Red.), gelten sie zwar in der öffentlichen Meinung

noch als die „Ökopartei“, aber der Aktivismus scheint mir schwächer geworden zu sein. Wird er den NGOs überlassen, sind Die Grünen jetzt brav und bürgerlich geworden?

Maresch: So stimmt das nicht! Wir unterstützen sehr viele BürgerInneninitiativen und sind dabei erfolgreich. Ich komme gerade von Jedlese, wo ein freies Gelände verbaut werden soll (3). Prinzipiell könnte der Aktivismus Der Grünen noch mehr im Vordergrund stehen. Umweltschutz, Klimawandel und Energie gehören aber nach wie vor zu unseren Kernthemen.

Rüdiger Maresch

ist Umweltsprecher der Wiener Grünen, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter

Das Gespräch führte Gerti Zupanich
Absolventin des ipw und Redaktionsmitglied

Anmerkungen:

(1) „Leo“ am Nußdorfer Gürtel, ist der älteste (80 Jahre) und berühmteste Würstelstand in Wien.

(2) Der Grundgedanke ist die globale Reduzierung der Klimaschadgase. Unternehmen wird eine individuelle Obergrenze vorgeschrieben, eine allgemeine Obergrenze für die einzelnen Länder festgelegt. Unternehmen müssen die individuellen Grenzen nicht einhalten, können verkaufen oder von anderen kaufen (Emissionszertifikate).

(3) Bürgerinitiative Jedlese. Gegen Umwidmung eines Sport- und Freizeitareals zum Wohnbaugelände im 21. Bezirk von Wien.

Adjektive und Mehrwert

Was BILLA, Mode und das Welt-Café gemeinsam haben

von Richard Bernato

Anglistikstudent und Redaktionsmitglied

Bio, „natürlich“, „zurück zum Ursprung“ oder einfach nur „direkt vom Bauern“ – Adjektive und Eigenschaften, die vor allem bei Nahrung momentan „in“ sind und den Absatz und Verkauf steigern – und nebenbei auch noch gesalzener Preise im Detailverkauf rechtfertigen.

Dabei handelt es sich eigentlich um den selben Vogerlsalat, den man auch schon vorher bei Spar oder BILLA haben konnte, und die „feinen Erbsen vom Marchfeld“ wurden vorher auch nicht irgendwo auf dem Mars gezüchtet. Aber das Marketing macht den Unterschied, die akkuratere Beschreibung (von zweifellos wortgewandten Textern) macht aus solidem Gemüse „Bio-Eisbergsalat“ und aus langweiligen Erdäpfeln „Ja! Natürlich! Bio-Erdäpfel vom Mühlviertel, vorwiegend festkochend“. „Vorwiegend festkochend“ hieß früher ja speckig, glaube ich, aber das traut sich jetzt nicht mal mehr Hofer auf seine Erdäpfel-2kg-Netze zu schreiben – der Discounter der ja als Marketingkonzept möglichst billig wirken will, mit obskuren Großpackungen auf langen, fast endlosen von kaltem Neonlicht beleuchteten Regalen – erfand vor kurzem die Bio-Hausmarke „Zurück zum Ursprung“ mit Butter von Kitzbühler Bauern und Milch aus dem Salzkammergut – beide eher bekannt als Nobel-Tourismusdestinationen, denn wegen ihrer Milchbetriebe, aber ich

glaube es ging Hofer hier mehr um den klingenden Namen.

Was in Supermärkten gerade anläuft, wurde schon vor geraumer Zeit von der Modebranche erfunden. Roland Barthes beschreibt, was er „Fashion System“ nennt, als das gezielte Einsetzen von Adjektiven. Ein Rock bleibt ein Rock und ein Sakko ist ein Sakko, und ein Hemd kann auch nächste Saison getragen werden – damit aber jedes Jahr ein neues Hemd, eine neue Hose und ein eigentlich völlig überflüssiger Rock verkauft werden kann (der alte zerfällt ja nicht automatisch zu Staub, sobald die neue Kollektion im nächsten Frühjahr herauskommt), erfinden der gewitzte Modeschöpfer und die Textilindustrie Adjektive zu den Röcken, Hosen und Hemden. Besitzt man also ein „kariertes Flanell-Hemd“ ist man demodé, wenn gerade „gestreifte Seiden-Hemden“ in Mode sind, und ein neues Hemd muss gekauft werden.

Ernährt man sich also immer noch von schlichtem Blattsalat, sollte man schnellstens auf „Ja! Natürlich! Bio-Ruccola“ umsteigen – wobei vielleicht bald der BILLA-Hausverstand suggerieren könnte, der „Meine Zehn“ Vogerlsalat ist eigentlich doch besser. Jedenfalls hat besagter BILLA-Hausverstand ja schließlich öffentlich im Fernsehen (zwar nur im Werbeblock, aber immerhin) dekretiert: „Echte Schnäppchen gibt es nicht!“ Die Konkurrenz belügt den (potentiellen) BILLA-Kunden mit Lockangeboten. Besser einfach nicht mehr auf den

Preis schauen und nur das Beste (also nicht das billige Zeugs) bei BILLA einkaufen.

Die Gastronomie hat den Trend auch erkannt und holt bereits auf. Früher gab es ja „Hausmannskost“ und Kaisersemmeln am Wirtshaustisch. Feiertags vielleicht auch mal ein Wiener Schnitzel mit Reis und Preiselbeermarmelade. Heute gibt es „moderne traditionelle Küche“ (sic!), also prinzipiell alte Bauerngerichte mit verbessertem Wording und kuriosen Beilagen, die Altbekanntes eigentlich nur ein bisschen aufpeppen sollen. Wie zum Beispiel Rinderfilet und Chicorée mit Sauce Béarnaise überbacken – und auf den Semmeln im Brotkorb sind jetzt dezent Sesamkörner gestreut.

Neben Bio gibt es naturgemäß auch Fair Trade. Was nämlich ungiftig und umweltschonend angebaut wird, sollte dann wohl auch nicht anti-sozial sondern zu einem angemessenen Preis weiterverkauft werden. Ungefähr zu der Zeit, als sich Menschen tatsächlich noch überzeugt zwischen Kröten und Autos stellten und man sich für den Urwald interessierte und das „Klimabündnis“ blauäugig auf das Fiasko von Kyoto hinarbeitete, wurde in unseren Breiten der erste „Welt-Laden“ eröffnet. Damals hieß er übrigens noch „Dritte-Welt-Laden“, was dann irgendwann geändert wurde – vielleicht weil die Bezeichnung politisch nicht so korrekt war, oder tatsächlich unangebracht, weil die meisten Waren hauptsächlich aus Schwellenländern importiert wurden. Neben dem traditionellen Welt-Laden gibt es nun seit knapp zwei Jahren das „Welt-Café“ in Wien, gleich neben dem Unicampus.

Das Lokal wird von drei findigen Südtirolern geführt, die geschickt eine Marktlücke für sich gefunden haben. Ein weiteres „normales“ Kaffeehaus oder Studentenbeisl wäre wohl nicht weiter beachtet worden und hätte nicht so viel Publikum angezogen wie ein Welt-Café, in dem ausschließlich Fair Trade-Produkte für den Gastronomiebetrieb benutzt werden. Bei all der Fairness bleiben zwar die Studentenpreise auf der Strecke, aber wer ins Welt-Café geht, tut dies ohnehin aus Überzeugung. Wer billig essen will, kann ja in die kommerzielle „Mensa – die kulinarische Fakultät“ gehen. Das Welt-Café ist ein Betrieb und auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Es ist gleichzeitig der Treffpunkt der „alternativen“, globalisierungskritischen Szene, von StudentInnen gleichermaßen wie von hippen, urbanen Menschen die fair gehandelten peruanischen Kaffee besser als den Segafredo- oder Testa Rossa-Kaffee finden. Das Konzept an und für sich ist ja toll, vor allem weil es gesellschaftliche Antipoden – hier die barfüßigen Rastamädchen, dort die glattgeleckten Anwaltpraktikanten frisch von der WU – zusammenbringt. Sauer schlägt allerdings auf, dass die KellnerInnen und Angestellten im fairen Welt-Café nicht fairer (sprich besser) bezahlt werden, als in anderen, „normalen“ Gastbetrieben. Genauso wie BILLA, Hofer und der Plachutta am Graben bedient das Welt-Café auch nur einen Markt und präsentiert sich durch Werbung, Branding und Wording attraktiv für seine Zielgruppe – ist und bleibt aber ein gewinnorientiertes Unternehmen. Auch wenn der Hausverstand was anderes behauptet.

Die Natur und die Absicht des Dirigenten

Die Parteienlandschaft nach der Nationalratswahl in Österreich 2008 gestaltet sich erwartungsgemäß regressiv, und damit erweist sich auch die düsterste Prophezeiung der Verfassung unserer Gesellschaft als eine der Cassandra. Der Druck der Zivilisation in Form des modernen Rechtsstaats führt uns in die scheinbare Sicherheit der Demokratie, nur damit wir diese am Wahltag mit Gewalt vor den Anti-DemokratInnen kapitulieren sehen, wenn sich diejenigen, die sich ihrer Unkenntlichmachung verschrieben haben, mit ihren Appellen an die Angst zu den GewinnerInnen eines fadenscheinigen Wettbewerbs um WählerInnengunst erheben. Die Menschen erkennen den Willen zur Macht und honorieren ihn, auch wenn er sich über ihre Köpfe hinweg und entgegen demokratischer Tradition Bahn bricht. Die dünne Schicht des politischen Anstands wird an den Stellen leicht durchstoßen, an denen die Instinkte der Menschen durchscheinen. In der trügerischen Gewissheit, die eigene Zivilisation vor dem Verderbnis durch äußere Einflüsse zu schützen, bekämpfen die Individuen das, was sich außerhalb ihrer befindet und nicht die in ihnen schlummernden Gewalten. Die Beherrschung der Natur, deren Ausbeutung als Grundmuster der Entrechtung wieder auf die Gesellschaft zurückwirkt, wird zum prägenden Erlebnis der Menschen im Kontakt zum Anderen. Die Gewalt, die sich im menschlichen Naturverhältnis als Zwang gegen die Vernunft etabliert, macht sich im Kampf mit dem imaginierten Außen wieder zum Imperativ des Denkens. Diese Gewalt wird manifest in den Unmutsbekundungen der WählerInnen, die sich zum Protest gegen das politische Versagen der regierenden Parteien nur in Form des Denkkzettels äußern können.

Die oberflächlichen zivilisatorischen Maßnahmen der Republik scheitern hier beim Versuch, dieses Phänomen durch die Zivilgesellschaft in Schach zu halten. Die Rache und das Entladen des Unmuts sind fixe Bestandteile dieses Mangels an innerer Kontrolle, die nicht zulässt, dass an die Ablösung von Inkompetenz an der Macht auch Gedanken über Verantwortung geknüpft sein können. Die ProtestwählerIn werden so zum Wüterich und schließt sich selbst von der Möglichkeit aus, denkend das Problem zu lösen: Was bedeutet Verantwortung? Dementsprechend der Ruck nach Rechts, der immer nur den aggressiv nach außen getragenen Selbsthass der Menschen zur Voraussetzung hat und dessen Folgen immer nur die weitere Eskalation von sonst unterdrückten barbarischen Gelüsten ist.

Die rechten Parteien sind in einem Moment wieder verstärkt national und pseudo-sozial aufgetreten, in dem eine weltumspannende Wirtschaftskrise ihren Schatten auf die ökonomische Zukunft der Menschen wirft. Geschichte wiederholt sich nicht, aber die beständige Gefahr der „Selbstzerstörung der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno 2004: 3), also des Rückfalls in die mörderischen Verhaltensmuster des Nationalsozialismus verstärkt sich mit jedem Zuwachs auf der rechten Seite. Die beiden rechten Parteien in Österreich sind national und sozial nur im Sinne der Entfesselungen des Inneren und damit der Ängste der Menschen, die mit Zorn kompensiert werden sollen. Aber wie schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird die Entfesselung schwer wieder rückgängig zu machen sein, denn die Lösungsansätze der EntfesslerInnen sind minimal und erweisen sich in dem Bundesland, wo sie zur Realpolitik werden, als Falle, die die Armut der Menschen nur aufschiebt

und nicht auflöst. Das Regieren der Menschen und im Sinne des Populismus das Dirigieren der Massen im Rahmen einer langfristigen Sicherung von Frieden und Wohlstand für alle gleichermaßen, erfordert mehr als der Rechtspopulismus je anzubieten hatte. National und „sozialistisch“ waren wir schon, wir sollten vermeiden, dahin zurück zu kehren. Auch wenn die ProtagonistInnen sich anhand ihrer Arbeit selbst entlarven, sollten wir uns nicht darauf ausruhen, sie als das, was sie sind, zu denunzieren. In einer Abwandlung eines Aphorismus von Karl Kraus über die Dirigenten Richard Strauß und Wilhelm Furtwängler ist man versucht, nur um der Pointe willen, folgenden Satz in Richtung der HauptakteurInnen daraus neu zu bilden: Wenn die FührerInnen der Rechten „den rechten Arm emporheb(en), so merkt man nicht gleich, dass sie dirigieren wollen.“ (Kraus 1989: 164)

Sie wollen gar nicht dirigieren. Sie sind weit davon entfernt, sie wollen nur den Arm heben und es dabei belassen. Lassen wir uns nicht einreden, dass es jemals anders sein wird. Und lassen wir uns vor allem nicht dabei erwischen, als WissenschaftlerInnen diese Entwicklung nur rein empirisch zu erfassen. Wir brauchen Perspektiven, die uns über die Erkenntnis der Situation hinaus einen Weg aus diesem Schlammassel weisen können.

Stefan Marx
Diplomand am ipw und
Redaktionsmitglied

Literatur:

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt (New York 1944) 2004.

Kraus, Karl: Dritte Valpurgisnacht, Frankfurt 1989.

Gestatten? Markus und Nicola!

Auch am ipw steht die Zeit nicht still und so haben wir wieder einmal die Ehre, Euch zwei neue MitarbeiterInnen vorstellen zu dürfen, die es nach Wien verschlagen hat. Welche Wege sie am Institut einschlagen werden, verrät unser Doppelporträt.

Nicola Sekler, M.A. hatte ursprünglich Mathematik und Geographie in Tübingen studiert, letzteres betrieb sie mit einer sehr sozialwissenschaftlichen Herangehensweise und begann sich für Entwicklungspolitik mit Schwerpunkt Lateinamerika und verschiedene Raumbegriffe zu interessieren. Nach ihrem Masterstudiengang Global Political Economy in Kassel unter anderem bei Prof. Brand begann sie, bei ihm über Post-Neoliberalismus in Lateinamerika zu promovieren. Im stillen Kämmerchen stipendienunterstützt zu schreiben, wurde ihr jedoch bald zu langweilig, und so folgte sie einer freien Stelle nach Wien.

Auch **Dr. Markus Wissen** hat bereits vor seiner neuen Stelle am ipw mit Prof. Brand gemeinsam gearbeitet, jedoch nie gemeinsam an einer Institution. Seit seiner Diplomarbeit aus Politikwissenschaft hat er sich intensiv mit verschiedenen Raumbegriffen unter Berücksichtigung globaler Entwicklungen auseinandergesetzt und wird dies in Wien mit einem ökologischen Schwerpunkt fortsetzen.

Auf die Zusammenarbeit im gemeinsamen Team mit Prof. Brand freuen sich beide sehr, und dass sie beide erst seit kurzem in Wien sind, hinderte sie nicht daran, sich bereits gut einzuleben. Am IPW gefällt ihnen die intellektuelle Vielfalt und Offenheit – etwas, dass es in dieser Form im deutschsprachigen Raum immer seltener gäbe – und die kritisch-»linke« Grundhaltung die so gar nicht dem in Deutschland vorherrschenden »Marxismus Emeritus« (1) entspräche. An deutschen Universitäten herrsche ein starker neoliberaler Zeitgeist vor, der sich längst auch auf sozialwissenschaftliche Institute ausgewirkt hätte. So sind beide erstaunt, dass am IPW gleich drei Professuren von Frauen besetzt sind und ob der ungewöhnlich hohen Frauenquote regelrecht begeistert.

Auch dass Gender hier nicht, wie es Nicola in Deutschland so scheint, nur ein Nebenthema ist, dem in jeder Lehrveranstaltung eine obligatorische Einheit gewidmet wird, sondern eines der Hauptthemen und ganz selbstverständlich ist, gefällt ihr sehr gut. Angesichts der vielen Freiräume für kritische WissenschaftlerInnen freuen sie sich auf ihre Zeit am ipw.

Aber auch privat gefällt es den beiden gut in Wien. Es sei zwar teurer als Berlin (Markus), dafür aber auch günstiger als München (Nicola) und schöner als letzteres ohnehin. Es gefällt die ganz besondere Mischung, die Wien ausmache: Es gebe eben einfach alle möglichen Menschen und Kulturen in der Stadt, und alle lebten sie nebeneinander. So gefällt beiden das internationale Flair und auch das kulturelle Angebot – wobei Markus gerade beginnt, sich von seinem vierjährigen Sohn die Stadt zeigen zu lassen und das ganz langsam, denn sie gehen Bezirk für Bezirk vor. Und wenn die so große Stadt einem so kleinen Kind manchmal zu gefährlich oder zu hässlich erscheint, dann ist man ja immer noch schnell draußen im Grünen und genießt aus dem Umland viele schöne Blicke auf Wien. Fast klingt es wie ein Loblied aus der PR-Agentur der Wiener SPÖ – wäre da die radelnde Freude nicht zu sehr getrübt. Als FahrradfahrerIn in Wien lebe man gefährlich, zu wenige und zu schlechte Radwege und zu wenig Rücksicht von anderen VerkehrsteilnehmerInnen – vom/von der FußgängerIn bis hin zum/zur handyfonierenden PorschefahrerIn – trübten das Vergnügen. Aber das mit den Radwegen, das soll laut SPÖ ja noch werden – gebt Wien nur noch ein paar Jahre Zeit.

Maximilian Wollner
Diplomand am ipw und
Redaktionsmitglied

Anmerkungen:

(1) vgl. Fülberth, Georg: Marxismus Emeritus. In: Die Zeit, Nr. 30/1999. http://www.zeit.de/1999/30/199930.t_marx_.xml

Der akademische Alltag ändert sich gewaltig in letzter Zeit. Zum Einen werden die äußeren Rahmenbedingungen verändert, etwa Studienstrukturen, Organisation der Fakultäten und nach anglo-amerikanischem Vorbild ein (hoffentlich) einheitliches, europäisches Hochschulsystem eingeführt, zum Anderen verändert sich der akademische Alltag; so ermöglicht vor allem das Internet Recherche, Forschung, Publikation und Kommunikation in einer Geschwindigkeit, die vor zwanzig oder dreißig Jahren noch völlig undenkbar war. War es damals üblich, Konferenzberichte erst im Folgejahr in einer Buchreihe zu veröffentlichen, ist es heute fast schon verwunderlich, wenn die Texte nicht schon vorher online sind.

textfeld ist eine der vielen neuen Initiativen für die Wissenschaft von Morgen. textfeld ermöglicht Studierenden, ihre Abschlussarbeiten und auch sonstige Arbeiten aus dem Studium (z.B. Seminararbeiten) online zu publizieren und so der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Damit werden die Texte nicht nur für jeden zugänglich, sondern können auch kommentiert und diskutiert werden; mit den AutorInnen kann jederzeit Kontakt aufgenommen werden. Die besten Texte werden ausgewählt und rezensiert und unter anderem im Online-Standard und auf Orf.at vorgestellt. Und tatsächlich gibt es bereits einige AutorInnen, die dank textfeld ein Publikationsangebot von großen Verlagen bekommen haben.

Ziel der Initiative von textfeld ist es unter anderem, Feedback dort zu ermöglichen, wo dieses kaum vorhanden ist. Der reale Alltag einer akademischen Durchschnittsausbildung an einem großen Institut wie dem ipw ist leider so, dass für geschriebene und eingereichte Arbeiten kaum Feedback gegeben wird. Die meisten StudentInnen sind enttäuscht davon, dass ihre Arbeiten gelesen werden, dann benotet (die Note selbst erfährt

man meist unpersönlich online) und schließlich in einer Schublade verstauben. Zur Diplomprüfung dann gibt es erstmals echtes Feedback – für viele zu spät und zu heikel für's »erste Mal«. Qualitatives Feedback ist etwas anderes und textfeld ermöglicht dieses – dort hängt es vom Engagement der NutzerInnen und nicht dem Engagement der überforderten Lehrenden eines Masseninstitutes ab.

Darüber hinaus ergeben sich bei textfeld zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten. Hochgeladene Texte werden mit Informationen über Fachbereich, BegutachterIn, zitierter Literatur und Schlagworten gespeichert und sogleich werden bestehende Texte zur Verknüpfung mit eigenen Texten angeboten. So kann schnell recherchiert werden, wer zum selben Thema wie und mit welcher Literatur gearbeitet hat. In einem weiteren Schritt können andere AutorInnen kontaktiert werden und es könnten sich gemeinsame Forschungsteams bilden – vor allem die Möglichkeit zu interdisziplinären Forschungsteams mit guten Aussichten auf Förderung ist hier nur wenige Klicks entfernt – sofern die NutzerInnen engagiert genug sind.

textfeld ist also eine Social Web-Initiative für den Wissenschaftsnachwuchs von Morgen und natürlich komplett kostenfrei. Es ist eine interessante und vielversprechende Initiative, deren Erfolg nur noch vom Engagement der NutzerInnen abhängt – die Werkzeuge und Grundlagen für einen Erfolg bietet textfeld bereits schon lange.

Maximilian Wollner

Diplomand am ipw, Redaktionsmitglied und freier Mitarbeiter des gemeinnützigen Vereins textfeld

Nicht primär theologische Fragen, sondern auch gesellschaftliche und politische

Ein Interview mit Sadiq Jalal al-Azm

Sadiq Jalal al-Azm ist einer der bedeutendsten linken Philosophen der arabischen Welt. Der 1934 in Damaskus geborene Marxist war bis zu seiner Emeritierung 1999 Professor an der Universität Damaskus, hatte jedoch auch Gastprofessuren an deutschen und US-amerikanischen Universitäten. 2001 unterzeichnete er mit anderen Intellektuellen die „Erklärung der Tausend“, ein Manifest für demokratische Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung in Syrien. Mit ihm sprach **Thomas Schmidinger**.

Sie gelten als Verfechter einer Aufklärung in der islamischen und arabischen Welt und beteiligen sich auch an Debatten über eine Reform des Islam. Geht es dabei primär um Theologie oder primär um gesellschaftliche Realitäten?

Sadiq Jalal al-Azm: Letztlich sind die Fragen, die sich dabei stellen, nicht primär theologische Fragen, sondern auch gesellschaftliche und politische. Es ist für die heutige Situation zweitrangig was nun Prophet Mohammed oder Jesus genau sagte, und wie sie genau lebten. Das historische Resultat war im einen Falle ein imperialer Islam und im anderen ein imperiales Christentum, und damit haben wir uns heute herumschlagen. Wenn wir uns also mit dem Islam heute beschäftigen, müssen wir uns eben auch mit diesem real existierenden Islam beschäftigen und nicht nur darüber debattieren, ob

denn der Islam eigentlich ganz anders wäre.

Welche Fragen halten Sie in diesem Zusammenhang für die entscheidenden?

Sadiq Jalal al-Azm: Im Wesentlichen sind das drei Fragenkomplexe: Zunächst einmal die Frage nach den Ahl al-Dhimma, also dem Umgang mit nichtislamischen Minderheiten, wie Juden und ChristInnen, in den islamischen Gesellschaften. Auch wenn dieses Konzept des Dhimmi-Status heute nirgends mehr außerhalb Saudi-Arabiens in seiner klassischen Form existiert, so ist doch der Umgang mit ChristInnen, Juden und anderen Minderheiten heute noch eine zentrale Frage der islamischen TheologInnen. Die Frage ist letztlich ob das gleichberechtigte BürgerInnen sind oder doch noch irgendwie Schutzbefohlene. Dann ist hier die Frage der Sharia. Natürlich betrifft diese, wie islamische TheologInnen richtig betonen, nicht nur das Strafrecht. Wenn aber ein islamischer Staat heute erklärt, die Sharia einzuführen, dann meint er damit selbstverständlich vor allem die Einführung eines islamischen Strafrechts. Dieses ist aber kein gewöhnliches Recht, sondern mit moderner Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar. Die Sharia dient heute vielfach als Kriegsrecht der IslamistInnen.

Und dann wäre als dritter entscheidender Punkt die Behandlung von Frauen, die natürlich nicht nur im Islam ein

Thema ist. In vielen patriarchalen Gesellschaften ist es geradezu ein Volkssport, Frauen zu misshandeln und zu unterdrücken. Aber auch der Islam muss sich hier an der Frage der Gleichberechtigung von Männern und Frauen messen lassen.

Die Erstarrung vieler islamischer Gesellschaften muss insbesondere in diesen drei Bereichen aufgebrochen werden.

Hat diese Erstarrung nicht auch mit der ökonomischen Basis der arabischen Welt zu tun, deren heutige ökonomische Zentren direkt vom Feudalismus in eine Ölrentenökonomie gerutscht sind?

Sadiq Jalal al-Azm: Diese Gesellschaften am Golf waren nicht einmal feudalistische Gesellschaften. Sie sind dank der Erdölförderung direkt von einer HirtInnen- und NomadInnengesellschaft in eine Konsumgesellschaft gefallen. Und wenn ich Konsumgesellschaft sage, dann meine ich das mit seinen negativsten Konnotationen. Wir schimpfen oft über die Konsumgesellschaft in den USA oder Europa, aber eine wirkliche Konsumgesellschaft gibt es nur hier in den arabischen Erdölstaaten. In diesen Gesellschaften wird rein gar nichts produziert, weder materiell noch immateriell. Es gibt keinerlei Arbeitsethos, und notwendige Arbeiten werden ausschließlich durch den Import billiger Arbeitskräfte geleistet. Der Staat ist hier ein reiner Allokationsstaat,

der Reichtum verteilt. Wir haben hier einen der wenigen Fälle, wo nicht der Staat von der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft vom Staat abhängig ist. Das dramatische daran ist, dass davon auch jene bevölkerungsreichen arabischen Staaten betroffen sind, die selbst gar kein Öl haben, sondern nur indirekt von diesen Staaten über GastarbeiterInnen oder Investitionen finanziell abhängig sind. Es gehört zu den folgeschwersten Tragödien, dass sich das politische Zentrum der arabischen Welt nach der Katastrophe von 1967 von Kairo nach Riyad und damit in die Hauptstadt des wahabitischen Islams verlagert hat ...

... und das Ökonomische schließlich von Beirut nach Dubai ...

Sadiq Jalal al-Azm: Ja, wobei Dubai ja nur mehr eine Finanzmetropole ist und nicht mit Beirut verglichen werden kann, wo eben auch intellektuell etwas geleistet wurde.

Apropos intellektuelle Leistungen: Sie zählten zu einem der wenigen ausgesprochenen linken KritikerInnen Edward Suids und haben eine marxistische Kritik an seinem Hauptwerk „Orientalism“ verfasst, die unter dem Titel „Orientalism and Orientalism in Reverse“ erschienen ist. Mittlerweile gehört Edward Suids Werk für viele linke Intellektuelle, die sich mit dem Verhältnis Europas zur Islamischen Welt befassen, zu einem der wichtigsten Kritiker. Würden Sie heute Ihre Kritik an Said immer noch so verfassen?

Sadiq Jalal al-Azm: Ja, definitiv. Ich stehe immer noch voll und ganz zu meiner damaligen Kritik. Selbstverständlich würde ich heute den einen oder anderen Satz anders formulieren, aber im Wesentlichen hat sich nichts an meiner Kritik geändert. So kritisch sein Werk auch zu sein scheint, so wenig stellt er die Dichotomie zwischen Orient und Okzident in Frage. Er deutet sie nur um. „Orientalism“ ist eine idealistische und keine materialistische Kritik. Während

Lenin den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus betrachtete, könnte man bei der Lektüre von Said meinen, er betrachte den Imperialismus als höchstes Stadium des Orientalismus.

Was ich damals in meiner Kritik nicht geschrieben habe, was ich heute aber dazufügen würde, ist die Tatsache, dass „Orientalism“ ja auch einen stark politischen Charakter hatte. Dazu muss man den Hintergrund Edwards kennen. Ich nenne ihn immer noch Edward, da wir ja gut befreundet waren. Nach meiner Kritik hat er allerdings nie wieder ein Wort mit mir geredet. Das war Edwards persönliche Schwäche. Er war gut darin Kritik auszuteilen, hielt selbst aber keine Kritik aus. Für ihn war unsere Freundschaft damit beendet.

Edward war jedenfalls als amerikanischer Palästinenser traumatisiert von der Tatsache, dass sein Land, die USA, im Nahen Osten nicht nach ihren eigenen Interessen handelten und immer auf der Seite Israels in den Nahostkonflikt eingriffen, obwohl die ökonomischen Interessen der USA eigentlich bei den arabischen Staaten liegen müssten. Diese Frage beschäftigte schon die ganze Zeit die arabischen Intellektuellen. Während die traditionelle Linke sie damit beantwortete, dass sie Israel einfach als Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten sahen, sahen die Rechten - etwa die Saudis - das Problem in einer jüdisch-zionistischen Lobby, die die amerikanische Politik beherrsche. Da diese Erklärungen beide unbefriedigend waren, hat Edward nun eine dritte Erklärung angeboten, indem er mit Hilfe der französischen Diskurstheorie einen über Jahrhunderte verfolgbareren Orientalismus konstatierte, der den USA den unverstellten Blick auf die eigenen Interessen verunmöglichte. Er hoffte damit letztlich der US-Gesellschaft mit der Entlarvung dieses Orientalismus auch eine freie Sicht auf ihre eigenen Interessen zu ermöglichen und damit

eine stärker proarabische Positionierung der US-Außenpolitik zu erreichen. Wir wissen heute, dass dieser Versuch fehlgeschlagen ist.

Das Buch wurde aber auch im Nahen Osten selbst sehr stark rezipiert.

Sadiq Jalal al-Azm: Ja, denn es diente auch als willkommene Entschuldigung für die eigenen Fehlschläge. „Orientalism“ wurde auch von reaktionären und islamistischen Kräften missbraucht, um so zu tun als wäre die Kritik an ihnen nur eine orientalistische Phantasie. Edward Said hat zwar - das muss man schon ehrlich dazusagen - versucht, sich gegen diesen Missbrauch zu wehren, aber letztlich hat das wenig geholfen. Das Buch und seine Rezeption hat längst eine Eigendynamik entwickelt und dient bis heute immer noch zur Entschuldigung der selbstverursachten Desaster.

Ist denn dieses Desaster primär selbstverursacht?

Sadiq Jalal al-Azm: Selbstverständlich nicht aus-schließlich, aber mit den ständigen Beschuldigungen, dass alles nur ein Resultat von Verschwörungen von außen wäre, kommen wir AraberInnen nicht weiter. Wir haben wenig Einfluß auf die US-Nahostpolitik, aber wir könnten als arabische Intellektuelle mehr Einfluß auf die eigenen Gesellschaften und Staaten haben. Deshalb müssen wir diese selbst auch kritisch beobachten und die Fehler nicht ausschließlich immer nur bei anderen suchen.

Das Gespräch wurde von Thomas Schmidinger geführt.

Lektor am ipw und hat soeben mit Dunja Larise das Buch „Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam“ herausgebracht

How to: Auslandsaufenthalt am Balkan

Viele junge Menschen in Belgrad und Pristina wollen weg. Wir wollten hin. So geht's:

Exkursion als Katalysator

Durch eine Exkursion im Zuge einer Lehrveranstaltung konnten wir die Region besser kennen lernen. Es empfiehlt sich ungemein die Chance wahrzunehmen, an solchen Exkursionen teilzunehmen, da sie den idealen Rahmen für die Konkretisierung vager Pläne eines Auslandsaufenthaltes bieten!

Maximilian: KWA in Belgrad

Ein Stipendium für kurzfristiges wissenschaftliches Arbeiten, kurz „KWA“, das für maximal drei Monate und hauptsächlich für die Durchführung von Diplomarbeiten vergeben wird, machte es mir im Herbst 2007 möglich, in Belgrad Interviews für meine Diplomarbeit durchzuführen. Das KWA wird am FSIB beantragt (1). Mein Tipp für Interviews vor Ort: Vorher herausfinden, welche Person in der jeweiligen Organisation man/frau als InterviewpartnerIn möchte. Dann aus dem lokalen Netz anrufen und direkt nach dieser Person fragen, oder gleich persönlich vorstellig werden, um Termine auszumachen. Kommunikation per E-Mail hat sich in meinem Fall als wenig zielführend erwiesen.

Harald: Praktikum in Pristina

Nach dem offiziellen Ende der erwähnten Exkursion führen einige StudentInnen privat weiter in den Kosovo. Da wir hauptsächlich mit VertreterInnen der Regierung zusammentrafen, stellte ich Kontakt zu dem Leiter des lokalen Büros der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit her, um eine andere Perspektive zu bekommen. Die E-Mail-Adresse aus dem

Internet herausuchen und nicht schüchtern sein! Da das Gespräch mit der Gruppe nett und informativ war, schrieb ich ihm einen Monat später wieder eine E-Mail. Mit der Anfrage ob er nicht einen Volontär brauchen könnte. Meine Tipps für Praktika: EineN potentielleN ChefIn im Vorhinein kennen zu lernen bringt viel mehr als eine Blindbewerbung an das Hauptquartier zu schreiben. Oftmals ist sich ein/e BüroleiterIn gar nicht bewusst, dass es für ihn/sie die Möglichkeit geben könnte, eine/n VolontärIn zu beschäftigen. Außerdem ist es sehr von Vorteil sich vor Beginn des Volontariats/Praktikums selbst genau im Klaren darüber zu sein, woran man/frau konkret arbeiten will. Oft kommt es vor, dass ein/e ChefIn selbst unsicher ist, was Dir zugetraut werden kann oder woran Du interessiert bist. Wenn von Seiten des Volontärs/der Volontärin dann ein „Ist mir egal, ich mach alles“ kommt, kann dies zu einer qualvollen Unterbeschäftigung führen.

Kathrin: Auslandskostenzuschuss in Belgrad

Mein Auslandssemester verbrachte ich im SS 2007 in Belgrad. Da ich als Nicht-Österreicherin keinen Anspruch auf ein CEEPUS Stipendium (2) hatte, bewarb ich mich für einen Auslandskostenzuschuss (3). An der politikwissenschaftlichen Fakultät war es mir möglich alle Vorlesungen zu besuchen. Die Auswahl erschien mir jedoch begrenzt und konzentriert sich auf grundlegende politische Theorien sowie einige serbienspezifische

Erfahrungsbericht zum Bachelorstudium

Stipendienmöglichkeiten für südosteuropäische und andere Länder:

CEEPUS (Central European Exchange Programme for University Studies):

- umfasst die Länder Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Österreich, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn

- Dauer: max. 10 Monate

- Studium an einer Partneruniversität der Netzwerke, in denen die Uni Wien beteiligt ist

- Studiengebühren der Gastuniversität werden erlassen

- Höhe des Stipendiums abhängig vom Gastland + Reisekostenpauschale

Auslandskostenzuschuss:

- ähnlich wie Joint Study, jedoch gilt er nur für ausgewählte Studiengänge und für Gastuniversitäten ohne Partnerschaftsabkommen

- finanzieller Zuschuss für die Dauer des Studienaufenthalts + Reisekostenpauschale

- Studiengebühren der Gastuniversität müssen selbst getragen

- und Studienplatz muss selbst organisiert werden

KWA (Kurzfristige Wissenschaftliche Arbeiten im Ausland):

- zur Anfertigung von wissenschaftlichen Arbeiten im Ausland (Diplom-, Masterarbeiten oder Dissertationen)

- max. 3 Monate

- Zuschuss von 550 Euro pro Monat

Nähere Informationen können auf der Homepage <http://international.univie.ac.at/de/portal/mobilitaet/studierende/> gefunden werden.

Themen. Alle Lehrveranstaltungen wurden zudem nur auf Serbisch angeboten.

Leben und Wohnen

Die Wohngegend ist hier wie dort von großer Bedeutung: In Belgrad ist eine zentrale Lage wichtig, um den chaotischen öffentlichen Verkehrsmitteln zu entkommen. In Pristina gilt es, sich über die Versorgung mit Strom und Fließwasser zu informieren, da diese je nach Bezirk stark variiert. Bei den Lebenshaltungskosten sollte man/frau Vorsicht walten lassen: Nicht alles am Balkan ist billig; Importprodukte übersteigen manchmal das österreichische Preisniveau und eine billige Wohnung zu finden ist schwierig.

Maximilian Eichinger
Harald Reiweger
Kathrin Jurkat

DiplomandInnen am ipw

Anmerkungen:

(1) <http://international.univie.ac.at/de/portal/mobilitaet/studierende/kwa/>

(2) <http://international.univie.ac.at/de/portal/mobilitaet/studierende/ceepus/>

(3) Der Auslandskostenzuschuss der Universität Wien ermöglicht es, an der Universität und dem Land seiner Wahl ein Auslandssemester oder Jahr zu absolvieren. Allerdings muss der Studienaufenthalt eigenständig organisiert und die Studiengebühren der Gastuniversität selbst getragen werden.

Nach einem Jahr Bachelorstudium kann ich getrost sagen, dass ich die richtige Wahl für mich getroffen habe. Zwar wäre es übertrieben, würde ich behaupten, ich wäre durchgehend mit den Inhalten und Schwerpunkten der einzelnen Veranstaltungen zufrieden. Doch selbst die mir unangenehmen Veranstaltungen sind von enormem Wert, so lange ich deren Inhalte sorgfältig reflektiere. So gern ich meine Studienrichtung in den höchsten Tönen loben würde, so muss ich doch auch einige ehrliche Kritiken anbringen.

Zu bemängeln habe ich grundsätzlich, dass mir die bereits zu Beginn sehr wichtigen juristischen Grundlagen schwer abgehen. Ich halte es für wenig sinnvoll, junge PolitikwissenschaftlerInnen ohne juristisches Know-how auf den Markt zu werfen. Doch es mangelt nicht nur an Rechtswissenschaftlichem: bedauerlicherweise kommen selbst politische Inhalte zu kurz, was ich kaum nachvollziehen kann. Als Beispiel mögen mir hier die Veranstaltungen der Politischen Theorie dienen. Diese behandeln nur in den seltensten Fällen politische Themen. Ich hätte mir gewünscht, von den diversen Staats- und Herrschaftsformen zu hören, Ideologien zu betrachten und von den Gelehrten aller Epochen zu lernen. Ob mein Wunsch im Bachelor- bzw. Masterstudium je erfüllt wird, wage ich zu bezweifeln.

Auch am Institut selbst gibt es durchaus einige zu kritisierende Punkte. Im Besonderen wären dies zum einen die oft unklare, intransparente Benotung, welche nach meiner Erfahrung bei den meisten Studierenden bereits mindestens einmal zu größerer Frustration geführt hat und zum anderen die weiterhin schwach ausgebaute Form der Kontaktmöglichkeiten zur Studienprogrammleitung. Es kann und darf nun mal nicht sein, dass Studierende mit ihren Problemen und Sorgen im Stich gelassen werden, speziell dann nicht, wenn diese von der oft chaotischen Organisation des Instituts hervorgerufen werden.

Den Schwerpunkt meiner Kritik bildet jedoch das Erweiterungscurriculum: Abgesehen davon, dass es bisher kein Angebot gab, und mir längst nicht klar ist, ob es nun ein Angebot gibt, bleibt weiters zu sagen, dass zu den Punkten „Anmeldung“, „Planung“ und „Anrechnung“ nicht nur meinerseits große Unklarheiten und leider kaum Hilfestellung existieren. Es bleibt meines Erachtens lediglich zu hoffen, dass die vielen, ungebrochenen Bemühung von Dr. Johann Dvorák zu einer steten Verbesserung des Studiums und des Instituts führen.

Mein Fazit in knappen Worten: Das Bachelorstudium der Politikwissenschaft ist sehr zu empfehlen; es gibt jedoch weiterhin eine hohe Anzahl an verbesserungswürdigen Kritikpunkten.

Manuel Schweizer
Student am ipw

Das System verstehen

Über den Versuch, sich im Bachelorstudium zurechtzufinden

Anfang Oktober 2007, viel zu früh am Morgen. Gemeinsam mit zwei Bekannten erreiche ich Hörsaal D, ganz hinten im Campus, gleich neben dem Narrenturm. Es sind schon einige Leute da, rauchen, wechseln ein paar Worte und versuchen allmählich munter zu werden – gar nicht so einfach nach drei Monaten Ferien. Dennoch freue ich mich darauf, dass es endlich losgeht, bin gespannt wie es denn so ist, das Studieren. Die bisherigen Erfahrungen beschränken sich auf die zahlreichen Formalitäten am Studienbeginn. Doch auch wenn noch immer vieles verwirrend und unklar ist, sind die inoffiziellen Zugangsbeschränkungen überwunden: Ich habe Inskription, Lehrveranstaltungs-Anmeldung und anderes geschafft und den Weg zum Hörsaal gefunden. Dabei bin ich auch immer wieder darüber gestolpert, dass ich offensichtlich zu den Glücklichen (?) gehöre, die im neuen Bachelorstudium sind – was auch immer das bedeutet. Irgendwo habe ich zwar schon vom Bologna-Prozess gehört, was das jetzt aber für mich heißt oder ob das Studium ein Semester davor wirklich so viel anders war, ist mir nicht klar. Auch StudentInnen aus höheren Semestern scheinen nicht recht zu wissen, was denn dieser neue Studienplan nun tatsächlich bringt.

Die folgende Informationsveranstaltung wirft dann ein bisschen Licht auf die Sache, das Gefühl, hier Versuchskaninchen zu sein, für einen Versuch, von dem niemand so recht weiß, wofür er gut sein soll („muss halt sein“) oder wie er funktionieren soll, bleibt aber.

Dennoch schafft die Informationsveranstaltung nicht nur Neugier auf das restliche Studium, sondern beseitigt auch einen Teil der Verwirrung, die das Organisatorische bisher erzeugt hat. Als dann am Abend die hundertste Frage zum E-Learning gestellt wird und ich die Antwort

bereits auswendig mitsprechen kann, fühle ich mich fast schon als Expertin in Sachen Universitätsorganisation.

Es folgen die beiden ersten Semester des Studiums, allmählich wird alles zur Routine. Zum Organisatorischen tauchen dennoch immer wieder neue Fragen auf und sorgen teilweise auch für Ärger: Werden die Texte vor dem ersten Prüfungstermin auf die E-Learning Plattform gestellt? Warum ist zwei Monate nach Abgabe einer Arbeit noch immer keine Note eingetragen? Und wann gibt es endlich klare Auskünfte zu den Erweiterungscurricula? Was Wissen und Verständnis betrifft, bringen mich die beiden Semester aber dennoch sehr viel weiter – daran ändert sich auch dadurch nichts, dass das in ECTS-Punkten statt in Semesterstunden gemessen wird. Mit der Zeit stellt sich dann eben nicht nur Resignation gegenüber dem nicht unumstrittenen Bachelor ein (muss halt sein), sondern auch das Gefühl, dass Formalitäten vielleicht doch nicht das einzig Wichtige sind. Und daran, dass Studieren auch bedeutet, Bildung zu erlangen, neue Leute kennen zu lernen, Spaß zu haben und (meist) das zu machen, was eineN interessiert, ändert auch ein neuer Studienplan nicht viel.

Dennoch überwiegen die positiven Aspekte am ersten Jahr Studium. Was das Organisatorische betrifft, sind mir in Wahrheit noch immer die meisten Sachen unklar – aber ich habe zumindest gelernt, mich deswegen nicht mehr zu stressen. Irgendwie (und vor allem irgendwann) hat bisher ja doch alles geklappt.

Kathi Wilding
Studentin am ipw

Vom selben Schlag

Migration und Integration im nieder-österreichischen Industrieviertel

„Man muss damit anfangen, sich sprechen zu hören.“
(zitiert nach Friesleben 2008 in: Schmidinger 2008: 287)

Dieser Ausspruch von Karl Kraus, den sich Eva C. Freisleben für ihren Beitrag in dem Sammelband von Schmidinger zum Motto gemacht hat, kann als Tenor des ganzen Bandes angesehen werden. Der Herausgeber unternimmt den Versuch über die Themen Migration und Integration in Niederösterreich ein Gespräch zu führen, dessen TeilnehmerInnen aus recht unterschiedlichen Lebenssituationen ein reichhaltiges Bild zum Thema abliefern. Vom Sozialarbeiter mit türkischem Migrationshintergrund, über den Wiener Universitätsprofessor mit deutschem Migrationshintergrund, und den in Österreich geborenen Berufsschullehrer kommen sehr viele Stimmen zu Wort und entwickeln über ihre, in schneller Abfolge präsentierten Aussagen, ein differenziertes Bild des Themengebietes. Der Band bietet sowohl einen guten Einstieg in das Thema, als auch eine Übersicht über die vorhandenen Themenfelder und ihre Besonderheiten. Wobei Wert gelegt wird auf die Berichte von „AugenzeugInnen“. Es kommen direkt involvierte zu Wort, und nicht immer teilen sie die Ansichten der ForscherInnen zu den behandelten Themen.

Der Aufsatz von Eva Freisleben bringt darüber hinaus noch eine weitere, oft vernachlässigte Möglichkeit der Vermittlung von Wissen in den Band ein, der durchaus öfter NachahmerInnen finden könnte. Sie erstellt ein essayistisches Potpourri von Meinungen zur Eröffnung eines islamischen Kulturzentrums und präsentiert diese abwechselnd mit „Stories“ über Betroffene. Diese Herangehensweise vermag auf eine spezielle Art Problematiken darzustellen und sehr ungefiltert demR LeserInnen verfügbar zu machen. Leider ist dies auch ein Nachteil, der sich durch den gesamten Band zieht. Die Menge an Aufsätzen verringert deren individuelle Möglichkeit zur umfassenden Differenzierung der einzelnen Themen. Was im Gesamtbild ein Vorteil ist und LeserInnen neue Zugänge ermöglicht, wirkt sich auf die Geschlossenheit der einzelnen Beiträge eher negativ aus. So bleibt unter anderem der recht zwiespältige Satz:

„Das abendländische Selbstverständnis erhebt in der interkulturellen Begegnung für die eigenen Werte und Normen Allgemeingültigkeitsanspruch und vereinnahmt den Anderen in einer Geste des Verstehens“ (Schmidinger 2008: 297), offenbar recht unbeeindruckt von Fragen der ideologischen Auslegung dieses Themas, unkommentiert stehen, und wirft so, eventuell, Fragen nach dem Subtext auf.

Stefan Marx
Student am ipw

Schmidinger, Thomas [Hg.]: Vom selben Schlag
Migration und Integration im niederösterreichischen
Industrieviertel, Wiener Neustadt 2008.

Der globalisierte Handel mit der „Ware Frau“

Das Thema des Buches – Frauenhandel von Nigeria nach Europa – ist bestimmt kein einfach zu bearbeitendes, dessen sind sich die AutorInnen bewusst. Sie schreiben trotzdem darüber und tun dies reflektiert und in der Überzeugung, dass wegzusehen keine Probleme löst. Dabei ist eine Mischung aus Reportage, Biographien und Sachbuch entstanden, die Einblicke gibt in einen bestimmten Teil der „Phänomene“ Frauenhandel und Prostitution.

Die AutorInnen lassen keinen Zweifel daran, dass Frauenhandel vor allem ein Problem des „Nordens“ ist, ein Problem, dessen Ursachen in der ungleichen Verteilung der Ressourcen zwischen Europa und Afrika liegt, in den postkolonialen Strukturen, der steigenden Nachfrage nach billigem Sex, und nicht zuletzt in der immer restriktiver werdenden Migrationspolitik der europäischen Staaten. Die verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen bei gleichzeitiger verstärkter Nachfrage nach der „Ware Frau“ hat das massive Anwachsen von kriminellen Strukturen nicht nur begünstigt, sondern auch (mit-)produziert. Ebenso wird die Rolle von Polizei und Justiz in europäischen Staaten beleuchtet, welche dem Phänomen Frauenhandel den AutorInnen zufolge nicht entsprechend begegnen. Anstatt die Opfer zu schützen, beispielsweise durch eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, werden sie kriminalisiert, verhaftet und abgeschoben. Es geht den AutorInnen nicht um Sensationsjournalismus, der Frauen in eine Opferrolle drängt und ihnen ihre Selbstbestimmung abspricht, sondern um die Mechanismen, Netzwerke und Ausbeutungssituationen aufzuzeigen, in die viele junge Frauen sowie ihre Familien in Nigeria gedrängt werden und in denen sie mittels multipler Erpressungsmechanismen wie physische und psychische Einschüchterung der Frauen sowie ihrer Familien in Nigeria oder so genannte „Voodoo-Zauber“ gehalten werden. Eine ausgezeichnete recherchierte Reportage, die nicht nur mit ihrem pointierten, trockenen Humor besticht, sondern vor allem durch das Aufzeigen global wirkender Diskriminierungsformen wie Sexismus, Rassismus und ökonomische Ungleichheiten, welche den Rahmen dafür bieten, in dem Frauen zur Ware werden.

Alicia Allgäuer
Diplomandin am ipw und Vorstandsmitglied der Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit

Kreutzer, Mary/Milborn, Corinna
(2008): Ware Frau. Auf den Spuren
moderner Sklaverei von Afrika
nach Europa. Salzburg: Ecowin.

Eine notwendige Fußball-Invasion

Legionäre am Ball

Das Besondere des Buches ist vordergründig, dass Zusammenhänge zwischen Fußballlegionären und Migrationsphasen in Österreich beleuchtet werden. Der Begriff Legionäre umfasst dabei die im Rahmen ihrer Fußballtätigkeit nach Österreich immigrierten Profispieler und Trainer genauso, wie die der zweiten Generation. Konstatiert wird im Allgemeinen, dass Fußball bereits sehr früh transnationale, soziale Beziehungen beinhaltet/e. Interessant ist hier die Beschäftigung mit Arbeitsmigration, transnationalen Netzwerken, aber auch den fußballerischen Regeln. So wird z.B. aufgezeigt, wann welche rechtlichen Bestimmungen den Transfer nicht-österreichischer Spieler regulier/t/en: Im Großen und Ganzen entwickelten sich die Zugangsregelungen für den Arbeitsmarkt und für die höchste österreichische Profiligen sehr ähnlich.

Ein Augenmerk des Buches liegt auf der Analyse und Sichtbarmachung von Stigmatisierungen, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen der Legionäre. Die Untersuchungsfragen konnten jedoch oftmals nicht anhand des Datenmaterials beantwortet werden. Sehr schlüssig dagegen ist der Verweis auf das „Exotisieren“ von ausländischen Spielern. Anhand der historischen Phasen werden hierzu Zuschreibungen analysiert: Mal standen die Attraktivität des Spielers oder das fußballerische Können im Vordergrund, mal wurde den Legionären „Invasion“ und die mangelnde Loyalität den Vereinen gegenüber vorgeworfen. Tatsächlich war Österreich auch für viele Spieler ein Sprungbrett zu einer größeren Fußballliga.

Die AutorInnen widerlegen auch die kursierende Annahme über die mangelnde Qualität der Fußball-Migranten und es gelingt ihnen sehr gut, Phänomene wie erhöhten Leistungsdruck offen zu legen: Legionäre weisen z.B. mehr Spielminuten und erzielte Tore auf als ihre österreichischen Kollegen. „„Mittelmäßig“ sind die

„Legionäre“ im Land nur dann, wenn auch der gesamte österreichische Fußball in diese Kategorie einzuordnen ist.“ (S.106)

Das Buch ist sicherlich ein wichtiger Beitrag zu der nach 1945 kaum vorhandenen Auseinandersetzung mit der Verschränkung von Fußball und Migration. Die Methode, sich dem Thema in Form einer empirischen Untersuchung anzunähern, scheint eine geeignete, jedoch weist diese keine durchgehende, systematische Struktur auf, was die erhobenen Daten manchmal ein wenig willkürlich wirken lässt.

Ewa Agata Dziedzic

Dissertantin am ipw

Meropi Tzanetakis

Dissertantin am ipw, Redaktionsmitglied

Barbara Liegl/Georg Spitaler: Legionäre am Ball. Migration im österreichischen Fußball nach 1945. Wien 2008, Braumüller, 242 S., 24,90 EUR

Performance. Politik. Gender

Materialienband zum internationalen Künstlerinnenfestival ‚her position in transition‘

Der Sammelband ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Kunst. Der Kontext, in dem diese Kunst steht, ist weiblich. Die Thematik geht über die Diskursivierung von Kunst als performativem Akt der Emanzipation hinaus, indem sie sich als Sammlung von Möglichkeiten präsentiert, deren Intention in der Konfrontation der gesamten gesellschaftlichen Struktur mit den Problemen der geschlechtlich einseitigen Modernisierung liegt. Neoliberalismus wird als Projekt einer androzentrischen Theoriebildung identifiziert, deren Ziel in der Modernisierung und damit Reproduktion eines rückschrittlichen bürgerlichen Paternalismus besteht, dem mehr der oikos als die Ökonomie als Vorbild dient. Die Auswirkungen haben ihre empirischen Evidenzen in der Dialektik der Feminisierung des Arbeitsplatzes. Einerseits steigt die Zahl erwerbstätiger Frauen mit dem Zwang, den die ständig drohende Verarmung ausübt, andererseits werden viele dieser Frauen in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen. Die so erzwungenen Karrieren sind in vielen Fällen diskontinuierlich und nicht existenzsichernd. Das zynische Projekt des modernen Liberalismus, der nur im wirtschaftlichen Sinn Freiheit garantiert und seine Errungenschaften ansonsten höchst selektiv verteilt, zwingt die Teile der Bevölkerung auf den Arbeitsmarkt, von denen er sich verspricht, sie legal ausbeuten zu dürfen. Der Rückzug der Politik aus der Verantwortung in Form von Privatisierung ist nur ein Indiz für den Unwillen des männlichen Establishments für diese Entwicklung Lösungen zu finden.

Kritik wird somit zur Aufgabe einer anderen Öffentlichkeit, die sich unabhängig machen muss von der Logik des Neoliberalismus, und diese findet sich unter Umständen in der Organisation von Performance, wie es der vorliegende Sammelband suggeriert. Sein Aufbau weist über die theoretische Auseinandersetzung mit

dem Thema hinaus zu einem Teil, in dem die einzelnen Projekte und Künstlerinnen vorgestellt werden. Zum Schluss folgt eine ausführliche Reflektion des Gebotenen, die über das Gezeigte hinausweist und auch die Beherrschung des Körpers im neoliberalen Regime thematisiert. Das Thema ist brandaktuell, und die betrachteten Projekte geben Aufschluss über die Anliegen denkender Frauen in einer Gesellschaft, die sich als ihrer nicht würdig erweist. Wer sowohl über moderne Kunst, als auch über Gesellschaftskritik etwas erfahren will ist hier gut aufgehoben. Überraschungen wird man allerdings nicht erleben.

Stefan Marx

Redaktionsmitglied und Diplomand am ipw

Niederhuber, Margit/Pewny, Katharina/Sauer, Birgit [Hg.]: Performance. Politik. Gender. Materialienband zum internationalen Künstlerinnenfestival ‚her position in transition‘, Wien 2007.

